

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckschrift: Tageblatt Riesa.

Heftz. Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsgerichts- und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postleitzettel: Dresden 1889

Nikolaus Riesa Nr. 52.

Nr. 293.

Montag, 18. Dezember 1922, abends.

75. Jahrg.

Höchstpreise für Milch und Milchprodukte.

Auf Anordnung des Sächs. Wirtschaftsministeriums sind für den Verkauf der Stadt Riesa im Einvernehmen mit der örtlichen Preisprüfungsstelle unter Aufsichtung der Bekanntmachung des Rates vom 2. Dezember 1922 (Nr. 280 des Riesaer Tageblattes) mit sofortiger Wirkung die bisherigen Höchstpreisbestimmungen im Kleinhandel wie folgt abgeändert worden:

a) für Vollmilch je Pfund:
100 M. beim Erzeuger an den Verbraucher ab Gehöft (Verliterungspreis),
112 M. für nicht molkereimäßig behandelte Milch (Ladenpreis),
120 M. für molkereimäßig behandelte Milch beim Kleinhändler einschl. Molkerlei;

b) für Marger- und Buttermilch je Pfund:
50 M. beim Erzeuger an den Verbraucher ab Gehöft (Verliterungspreis),
55 M. für nicht molkereimäßig behandelte Butter- und Margermilch (Ladenpreis),
60 M. für molkereimäßig behandelte Butter- und Margermilch beim Kleinhändler einschl. Molkerlei;

c) f. für nicht molkereimäßig behandelte Butter je Pfund:
1050 M. beim Erzeuger an den Verbraucher ab Gehöft,
1100 M. bei Abgabe durch den Kleinhändler;

II. für molkereimäßig behandelte Butter je Pfund:

1840 M. im Kleinhandel einschl. Molkerlei.

Butter aus außersächsischer Milch ist im Kleinhandel nur unter Abbringung beim Rat erhaltlicher mit dem Molkerlei verlebener Etikette zu verkaufen. Die Kästen werden im eigenen Interesse gebeten, jeden Fall der unterlassenen Abbringung unverzüglich anzusegnen.

d) für Speckquark je Pfund:

95 M. nicht molkereimäßig behandelte Ware beim Erzeuger an den Verbraucher ab Gehöft und im Kleinhandel.

124 M. für molkereimäßig behandelte Ware im Kleinhandel einschl. Molkerlei. Diese Preise sind Höchstpreise und verstehen sich einschließlich der Umsatzsteuer. Zu widerhandlungsfällen werden mit Geldstrafe und Geldstrafe oder einer dieser Sätzen, in schweren Fällen mit Zuchthaus bestraft.

Der Rat der Stadt Riesa, den 18. Dezember 1922.

Höchstpreise im Kleinhandel für Butter im Bezirk der Stadt Riesa.

Mehlis und Maissnude das Pfund: 200 M.

Würfelkäse, Kompost und Brot das Pfund: 210 M.

Würfelkäse das Pfund: 220 M.

Preisprüfungsstelle Riesa, den 18. Dezember 1922.

Örtliches und Sächsisches.

Riesa, den 18. Dezember 1922.

* Riesaerabend. Drama "Levana-Wiecke".
Bei einem Treffen für unsere Stadt wurde die am Sonnabend stattgefundenen Veranstaltungen des Beamtvereins der A.G. Lauchhammer. Dem Verein, der in der letzten Zeit schon mehrfach mit dem Betrieb an die Öffentlichkeit getreten ist, nicht nur seinen Mitgliedern, sondern auch außerhalb des Vereins Stehenden außerordentlich hochstehende Anerkennung zu vermitteln, was es gelungen, Anna Terani-Wiecke zu einem Riesaerabend zu gewinnen. Der berühmten Sängerin aus einer einstigen Glanzperiode der Dresdner Oper (Carmen, Dalila) stehen die schönsten Stimmittel im Umfang vom Mezzosopran bis zum Alt und eine hohe musikalische Intelligenz zur Verfügung, die in einer selten anzutreffenden Ausdrucksfülle — man erinnere sich nur der sonst viel seltener gefundene "Sappho-Lied" von Brahms und der "Verborgenheit" von Wolf — zum Ausdruck kommt. Brahms' "Vom ewiger Liebe" wurde unter der Kraft dieser Persönlichkeit und Kunst geradezu zu innerem Leben. Hildach's "Venit" hätte mit Rücksicht auf die überragende Höhe der Darbietungen und ihrer Interpretin gut wiedergeblieben können. Der Klavierpart wurde von Dr. Arthur Chis — man habe ihn auf dem Programm vergessen — gemeistert, nicht nur dort, wo dem Pianisten Aufgaben wiesen, wie in Donizetti's "So singt sich Blut" und in R. Strauss' "Ständchen", sondern auch in der Begleitung der inneren Nachschaffens erfordernden Gefänge von Brahms und Grieg. — Starkes Beifall wurde nach dem Konzert ausgespielt, was der anerkennenswert freundlichen, öffentlich ergangenen Einladung des Lauchhammer'schen Beamtvereins, die von vornherein den Stempel eines auf ungewöhnlicher Höhe stehenden Kunstgenusses trug, die Allgemeinheit zu einem großen Teil überhaupt nicht nachkommt!

* Weihnachtsaufführung der Oberrealschule. Das in der Freitagsabend-Nr. bereits angekündigte Weihnachtsspiel, das kommende Mittwoch 4. und 8. Uhr im "Stern" durch Schüler und Schülerinnen der Oberrealschule zur Aufführung gelangt, ist nach Anlage und Inhalt aus alten Weihnachtsspielen bearbeitet. Einem einleitenden Schauspiel der "Sternsinger" und ihres Meisters folgt das eigentliche Weihnachtsspiel. In neun Teilen folgen "Die Verlüstigung", "Nach Bethlehem", "Hartberger Wirt", "Das Piratenpiel", "Das Christgeburtsspiel", "Das Dreikönigsspiel", "Das Herodespiel", "Die Einbettung der Piraten" und "Die Andeutung der Könige". Die Reihenfolge ist übereinstimmig, sowie auch neuere Weihnachtsspiele, wie z.B. Rob. Schumann's "Wenn frommes Kinder schlafen gehn", sind mit der Plotzung, deren Sprache der des 16. Jahrhunderts zuweilen nobilitiert, verbunden. — Die Nachmittagaufführung ist zunächst für Schüler aller Schulen der Stadt und ihrer Umgebung gedacht, denen der Eintrittspreis auf 15 Mark ermäßigt worden ist. Doch haben hierzu auch Erwachsene, die die Aufführung nicht besuchen können, Eintritt. Röhren im Anzeigenteile der vorliegenden sowie der morgen erscheinenden Nr. des Riesaer Tageblattes.

* Fabrikabsturz in Riesa. Aus dem 2. Stock des Haussgrundstückes Wettinerstr. 21 wurde ein Damenschwanz "Marke Corona", Nr. 358 330, mit gelben Felsen, schwarzer Rahmenbahn, verziert nach oben abgedrehten Leinwand, verzierte Scheiben im Werte von etwa 100 000 M. gekauft. Sachdienliche Wahrnehmungen an die Polizei erbeten.

* Vom Silberne Sonntag. Trotz des freundlichen milden Wetters fuhr man gestern in den Straßen doch die Höhe des Weihnachtsfestes. Es herrschte in der Stadt ein Verkehr, wie er eben nur an den letzten Sonntagen vor Weihnachten einzutreffen pflegt. Aber wenn auch das Leben und Treiben in den Straßen gestern dem Charakter des "Silbernen Sonntags" entsprochen haben mag, so ist es doch noch fraglich, ob auch der Geschäftsaufgang sich so gehalten hat, dass der gestrige 3. Adventssonntag seinem Namen Ehre gemacht hat. Jämmerlich sah man genug Menschen die ein Weihnachtspäckchen trugen, und so dürfte die Geschäftszeit mit dem gestrigen Umsatz vielleicht doch nicht ganz aufzufinden sein.

* Die kommende Grottpreiserhöhung. WTB. meldet aus Berlin: In der Presse ist die Nachricht verbreitet worden, dass der Preis für das Umdregetreide auf 170—180 000 Mark erhöht werden würde und dass demgemäß das 4 Pfund-Markenbrot ab 1. Januar ungefähr 600 Mark kosten dürfte. Wie wir dazu von unterschiedeter Seite hören, treffen diese Angaben nicht zu. Es ist, wie bereits angekündigt, eine beträchtliche Erhöhung des Preises für das dritte Gesetz der Getreide-

Hentiger Dollarkurs (amtlich): 6084 Mark.

umfrage notwendig. Neben bislang der Erhöhung ist jedoch ebenfalls Entscheidung noch nicht getroffen. Liegt sie selbst dann, wenn man von den angegebenen Getreidepreisen ausgehen will, dieser Preis seineswegs auf die Brotware in dem Maße einwirken, dass sich daraus eine Erhöhung auf 600 Mark errechnet. Endlich ist zu bemerken, dass der 1. Januar als Termin nicht in Betracht kommt, sondern frühestens Mitte Januar.

* Der Bedarf an Einkommensteuern. Die Nachrichtenstelle der Oberpostdirektion teilt mit: In letzter Zeit ist die Reichsdruckerei bei dem schnell und außerordentlich gestiegenen Anstieg an hochwertigen Einkommensteuern trocken weiterer Ausnutzung aller Kräfte und Maschinen nicht in der Lage gewesen, diese Wertzeichen in ausreichender Menge herzustellen. Infolgedessen konnte der große Bedarf der Postämter nicht immer rechtzeitig geliefert werden. Es sind Vorlehrungen getroffen, die es der Reichsdruckerei ermöglichen, künftig Einkommensteuern in großer Mengen zu liefern. Da außerdem auch Marken zu 500 Mark, 1000 Mark und 2000 Mark in Vorbereitung sind, wird dem Mangel an hochwertigen Einkommensteuern in naher Zeit abgeholfen werden können.

* Die Einwirkung der Geldentwertung auf die Kosten der Geburthilfe. Dem Landtag ist eine Vorlage zugegangen, nach der das im Gesetz über die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Gemeinden vorgeschriebene Mindesteinkommen von jährlich 7000 Mark auf 45 000 Mark festgesetzt wird. Auch die übrigen Marken zu 500 Mark, 1000 Mark und 2000 Mark in Vorbereitung sind, wird dem Mangel an hochwertigen Einkommensteuern in naher Zeit abgeholfen werden können.

* Postkoderverkehr. Sehr häufig können bei der Zahlstelle des Postamts Riesa keine Briefe abgegeben werden, weil den Kontoinhabern bei der Ausstellung der Scheide Fehler unterlaufen sind. Bei dem starken Verkehr an der Zahlstelle des Postamts kann es sehr leicht vorkommen, dass die Mängel nicht sofort bei der Entgegennahme des Kassenbuchs, sondern erst in weiteren Verlauf des Schiedsprüfungsgeschäfts bemerkt werden. Dadurch entstehen dann für den Einlieferer unangenehme Verzögerungen, die sich bei einwandfreier Ausstellung der Scheide ohne weiteres vermeiden lassen. Auf die nachstehend aufgeführten am häufigsten vorkommenden Mängel wird deshalb hingewiesen: Die Scheide sind vordatiert, die Umlaufzeit ist abgelaufen, der Höchstbetrag für einen Scheid ist überschritten, die Unterschrift fehlt, die Angabe des Betrags ist undeutlich oder geändert, Ort und Tag der Ausstellung des Scheids sind nicht angegeben, die vorgebrachte Kontobescheinigung ist handschriftlich geändert. Die Poststellen können also zu einer reibungslosen und rascheren Abwicklung des Zahlstellenverkehrs beim Postamt selbstdienlich beitragen und sich und ihrem Personal viel Zeit und Verdruss ersparen.

* Verlängerung der im Auslandschäden gelegten Fristen. Durch Bekanntmachung vom 9. Dezember 1922 sind die im Verdrängungs-, Kolonial- und Auslandschäden bezeichneten Fristen zur Anmeldung der Schäden, welche nach der Bekanntmachung vom 6. Juni 1922 am 31. Dezember 1922 ablaufen, bis zum 31. März 1923 verlängert worden. Die beteiligten Kreise werden gut tun, ihre Anmeldungen innerhalb dieser Frist zu bewerstelligen, da mit einer weiteren Verlängerung der Fristen nicht gerechnet werden kann. Da die Nichteinhaltung der Fristen den Verlust des Anspruchs auf Schadenerstreuung nach sich zieht, liegt es im dringenden Interesse der Geschädigten, die höchstens Schaden noch nicht angemeldet haben, dies baldmöglichst nachzuholen.

* Großenhain. Ein Heiratschwundler, der sich vornehmlich an diese Kriegerwitwen gerichtet, ist in der letzten Zeit hier aufgetreten. Einer solchen Witwe hat er einen Ring und einen Geldbetrag abgeschwinden. Der Zeuge nennt sich Franz Böhrens oder Walter Möbius oder Möbius.

* Dresden. Viele tausend Vertreter der Mieterschaft Groß-Dresden füllten am Sonntag vormittag den großen Saal des Vereinshauses, bis auf den letzten Stehplatz, um in einer vom Allgemeinen Miethausverein eingeruften öffentlichen Versammlung Stellung zu nehmen zu den vom Platz in Gemeinschaft mit der Organisation der Hausbesitzer festgelegten Mietpreisen für das neue Vierteljahr. Die Forderungen der Mieterschaft legte der Vortragende in zwei Entschließungen nied, die einstimmig Annahme fanden. In der ersten Entschließung heißt es: Vom 1. Januar 1923 an steht nach den Entschließungen des

Rate der Mietans auf eine Höhe, in der viele Mieter insbesondere Sozial- und Kleinrentner, sowie Erwerbslose ihn nicht mehr aufzuhören können. Die Mieterschaft erwartet vom Rat die umgehende Einsetzung einer ausreichenden Hilfsaktion, damit diesen Mietern neben den schweren Sorgen um Nahrung und Kleidung wenigstens die Sorgen um den Verlust der Wohnung, um Mündigung und Räumungsklage erlöst bleibt. — Die zweite Entschließung lautet: In der Förderung des Abbauens der Instandhaltung im Wohnungswesen und damit der Herabminderung des Mieterschutzes erblickt die Mieterschaft eine Herausforderung ohnegleichen. Sie erwartet gegenüber dem jetzt planmäßig in allen Teilen des Reiches ertörenden Alu nach der freien Wirtschaft durchgreifende Maßnahmen der gleichgebenden Fürsorgeräte zur endlich grundlegenden Neuordnung unseres Wohnungswesens. Dem wiederholt angebrochenen Streit der Hausbesitzer wird die Mieterschaft zu begegnen wissen. Und die Mietern erklären sich solidarisch, aber nicht nur zum Schutz untereinander, sondern auch zum Schutz der von ihnen bewohnten Häuser, in denen sie als Träger neuer Wirtschaftsformen Betrieb und Unterhaltung trocken Widerstände der Hausbesitzer setzen werden und in denen sie den jetzt wieder ungehemmt intage tretenden Herrn-im-Hause-Standpunkt brechen werden.

* Poststelle. Hier wurden die Brüder Schöpp festgenommen, die in vorigen Jahren aus einer Strauer Villa eine Wiene Silberner Gegenstände gestohlen hatten. Die Diebe hatten sich durch ihr nobles Auftreten selbst verraten. Seiffennerdorf. Welche Scherje sich zuweilen die Valuta erlaubt, erhebt aus folgendem: Ein Gutsbesitzer aus Warsendorf i. V. erhielt vom bishierigen Gemeindeamt die Auflösung, seinen auf ihn entfallenden Jagdpachtanteil persönlich abzuholen. Er eroberte hier den Anteil in Höhe von 12 M., nachdem er 2 Kronen (= 500 M.) Mautgebühr erlegen hatte.

* Bittau. Aus der vom Abg. Rosta in Reichenberg in die Wege geleiteten Sammlung für Kinderbedürftige in den östlichen Grenzorten wird demnächst den zuständigen sächsischen und thüringischen Regierungsstellen ein Betrag von 15 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden können.

* Oelsa b. Löbau. In der Nacht zum Donnerstag wurde die massive mit Getreide gefüllte Scheune des Gutsbesitzers und Gemeindewerks Jacob eingebrochen. Es wird Bratstiftung vermutet.

* Oberbach. Falsche Grenzkontrollorgane haben hier ihre Unwesen getrieben. Zwei junge Leute aus Böhmen wurden beim Überqueren der Grenze von drei jungen Männern, die sich als Mitglieder des Grenzüberwachungsausschusses ausgeben, angehalten und nach Zollgut gefragt. Als sie auch nach Geld fragten, drohten die Geizegehaltenen zu stechen, worauf die "Grenzorgane" Revolver zogen und mit Schießen drohten. Nach eingehender Leibesvisitation nahmen sie einen der Bedrohten 500 M. ab mit dem Bemerkten, er könne sich den Betrag später auf dem sächsischen Zollamt abholen. Die Raubgezeiten wurden als die Brüder Alois und ein gemüthiger Richter von hier erkannt und von der Polizei nach anfänglichem Leugnen festgenommen.

* Dainichen. Hier hat der Schuhmacher Fichtner die Leiche seiner Frau auf dem Handwagen zum Friedhof geschafft. Auf seine Erklärung, was die Fahrt des Leichentragers von der Beerdigung zum Gottesacker koste, wurde ihm der Preis von 4000 Mark mitgeteilt. Aus entschlossen, holte er sich vom Stadtrat und vom Warramt die Erlaubnis, mit Rückicht auf die hohen Zubrägebüro, die Leiche seiner Frau auf dem Handwagen zum Friedhof bringen zu dürfen. Die Genehmigung wurde erteilt. Und Schuhmacher Fichtner führte seinen Wagen aus.

* Chemnitz. Ein Gewinner handelswirtschaftlicher aller Art eine Spende von 3 Millionen Mark überreichten. Chemnitz. Ein sehr bedauerlicher Unfall ereignete sich, wie das "Chemnitz-Tageblatt" berichtet, gestern abend auf der Weißstraße zwischen Barbarossa- und Marschallstraße. Ein aus der inneren Stadt kommender Straßenbahnenwagen fuhr einen vor ihm herstehenden, von einem gut zeitigen Mann gesogenen Handwagen an. Der Mann stürzte Saint dem Wagen in die rechte Geleise befindliche Ausgrabung, kam aber mit dem Oberkörper so ungünstig zu liegen, dass die rechte Schuhvorrichtung des Leichwagens den Kopf des Unglücks erschlug. Der Mann erlitt dadurch einen schweren Schädelbruch und wurde bald danach mit einem Wagen der städtischen Rettungswache nach dem Krankenhaus an der Schopauer Straße gebracht. Bei der Autopsie derselbst konnte nur der inzwischen eingesetzte Tod des Verunfallten festgestellt werden.

* **Munzberg.** Auf einer kleinen Straße brach eine 70jährige Greisin vor Hunger und Schwäche ohnmächtig zusammen. Erkundigungen ergaben, daß die arme alte in ihrer Wohnung weder Nahrungsmitte noch Heizmaterial hatte. Durch sofortige Spenden ist die alte Frau wenigstens für die nächsten Tage mit dem Nötigsten versorgt worden.

* **Kenndt.** Am Donnerstag abend wurde ein 18-jähriger Langburkersdorfer Einwohner in der Nähe des bischöflichen Elektrizitätswerkes von zwei jugendlichen Männern zu Boden geschlagen, ausgeraubt und in einen Teich geworfen, aus dem er sich alldemkehrweise retten konnte.

Bautzen. Hier ist man einer großen, gut organisierten Diebesgesellschaft auf die Spur gekommen, die sich seit etwa 4 Jahren zusammengefunden und fortgesetzte Warenraubießtäle begangen hat, wobei ihre Waren im Wert von mehreren Millionen Mark in die Hände gefallen sind. Von den Beteiligten sind inzwischen 12 Personen festgenommen worden; es sind meist weibliche Personen von Zwischen und Umgegend, von denen bereits mehrere wegen gleicher Delikte vorbestraft sind. Bei ihrem Arbeiten sind sie in der raffiniertesten und dreisten Weise vorgegangen und haben besonders Warenhäuser und größere Geschäfte in Bautzen, Oberplanitz, Werda, Leipzig, Dresden, Chemnitz, Plauen, Meissenburg, Nürnberg und Schwandorf bei Regensburg recht oft mit gutem Erfolg bestohlen. Mit Vorliebe nahmen sie feldene Kleider, Blusen, Unterwäsche, große Posen Seide, Stoffe, ganze Ballen Hemden- und Handtuchstoffe, allerhand Wäsche, wertvolle Pelze, Handschuhe, Goldschmiede und was ihnen sonst noch mindestenswert erschien. Der größte Teil der Diebstähle führte ein sehr vergnügtes Leben in Cafés und Gasthäusern usw., wenn sie durch den Verkauf der geholten Sachen in der Lage waren.

Meißenbach i. B. Die Stadtverordneten haben dem ernesten abwehrenden Ortsrecht über die unentgeltliche Totenbeförderung zugestimmt. Danach wird von der Stadt jetzt vorbehältlich der Genehmigung durch die Oberbörde, bei einem entretenden Todesfall bezahlt: der Sarg, die Gebühren für den Leichenwagen, soweit dies unentgeltlich ein Melbengrab geliefert und die Beisetzung der Spreche und Leichenbole zur freien Verfügung gestellt. Bedingung ist, daß die Familie, wenn sie diese Vergünstigung in Anspruch nehmen will, mindestens ein Jahr hier gewohnt haben muss.

Saalfeld. Ein Angestellter der Viehgroßhandlung Bachsener-Niederndorf muhte auf dem Bahnhof Paunndorf beim Ansteigen seines Viehtransportes aus Norddeutschland den Zug verlassen. Er wurde dabei von einer Schraubmaschine erfaßt und so schwer verletzt, daß er bald darauf verstarb.

* **Görlitz.** Das Schöffengericht verurteilte den bischöflichen Viehhändler A. wegen Preisstreicherei zu einer Woche Gefängnis und 40000 M. Geldstrafe.

* **Geithain.** Hier wurde ein Brautpaar verhaftet, das in letzter Zeit verschiedene Einbrüche verübt und sich allerhand Gebrauchsgegenstände für den künftigen Haushalt zusammenstehlen hatte. In einer verschloßenen Wade und hinter einer mit einem Schrank verdeckten Tür stand man u. a. vier Zentner Nogen und andere Lebensmittel.

Leipzig. Eine Arbeiterin fand in ihrem Briefkasten am 9. d. M. einen verschlossenen Brief ohne Anschrift. Darin stand sie, wie die "Leipziger Neuesten Nachrichten" berichten, eine an eine Frau Steinert gerichtete Nachricht über eine Lieferung billigen Fleisches und Schmerses. Einige Tage später erschien ein Mann, erkundigte sich, ob sie das Schreiben geöffnet hätte und teilte ihr mit, daß der Brief nicht für sie bestimmt gewesen sei, sie möchte über die Sache schwelen. Die Frau, fand eine billige Fleischstücke entdeckt zu haben, fragte, ob sie nicht auch mal Fleisch bekommen könnte. Der Gauner sagte ihr zu und teilte ihr am anderen Tage mit, daß er 72 Pfund Speck, Schmer und zwei Leberkäse besorgt habe, der Preis sei 15500 Mark. Die Frau ließ sich das Geld bei ihren Bekannten zusammen. Ghe sie aber dazu kam, die Sachen in Empfang zu nehmen, war der Mann nochmals in ihrer Wohnung erschienen und vergewisserte sich, ob die Frau tatsächlich auch das Geld bezog. Er nahm 2 Kartons von ihr mit und bestellte die Frau an den Trespunkt, Ecke Bayerische und Kronprinzstraße. Dort über gab er ihr die zwei schweren Kartons und nahm dafür die 15500 Mark in Empfang. Substantielle angekommen fand die geprellte Frau — siehe, Scherbel und Kartoffeln in den Kartons.

* * *

Falkenberg. Einen eigenartigen Tod hatte der frühere Landesflieger Oskar Kläder. Am Mittwoch abend war er mit Feldbartern beschäftigt. Als er am Abend nicht zurückkehrte, wurde seine Arbeitsstätte aufgesucht, dort lag er entsezt. Er litt seit längerer Zeit an Krampfanfällen. Nach ärztlichen Besuch ist er wiederum von einem solchen Anfall heimgesucht worden und dabei mit dem Gesicht in das aufgeweckte Erdreich gefallen. Da niemand zur Stelle war, der ihn ausgerichtet oder umgelegt hätte, so ist er mit Knie und Mund immer tiefer in das Erdreich gesunken und hat dadurch den Erstickungsstod gefunden. Allerdings ist ein gleichzeitiger Schlaganfall mit Ursache an dem Tode.

* **Rinnwald.** Ein 30jähriger Bergmann aus Böhmisches Rinnwald wurde durch schlechtes Material so schwer getroffen, daß ihm die Eingeweide bloßgelegt wurden.

Gerichtssaal.

-**Dresdner Schwurgericht.** Eine umfangreiche geheime Verbindung richtete sich gegen den vorbestraften, 1901 in Solingen-dorf geborenen Kaufmann Johann Otto A., die Anklage lautete auf Gewalttaten und Unrechtfertigung mit einer Person unter vierzehn Jahren, begangen auf Land, Freiheit in Sachsenhausen. Da die Geschworenen die gestellten Schuldfragen vernilten, so wurde der Angeklagte freigesprochen.

-**Dresdner Landgericht.** Die 7. Strafkammer hatte sich als Berufungsinstanz mit einer Jugendkriminalität zu beschäftigen. Der 1905 zu Gröba geborene Arbeiter Walter Martin M. war vom Schöffengericht Briesau zu 2100 Mark Geldstrafe wegen Diebstahl verurteilt worden, die betreffende Verordnung konnte aber im vorliegenden Falle nicht mit einschlagen. Die Staatsanwaltschaft legte Berufung ein, das Urteil des Vorortans wurde aufgehoben und der jugendliche Angeklagte an drei Wochen Gefängnis verurteilt. Es handelte sich um den unter erschwerenden Umständen verübten Diebstahl von ein Paar Mäusebuben.

-**In den großen Porzellandestählen.** In der staatlichen Manufaktur Meissen verbreite eine Dresdner Korrespondenz anderweit die folgende Meldung: Die Diebstähle sind bereits innerhalb der letzten zwei Jahre, vornehmlich aber seit Anfang 1922 verübt worden. Als Späßebuben kommen die beiden Porzellansammler Möhleber und Lenteritz in Frage, die ihre oft sehr wertvolle und umfangreiche Beute unbemerkt trocken kontrollieren aus der Staatsmanufaktur herausnahmen und diese dann in der Hauptstube einer Geschäftsinhaberin Müller, jetzt verheiratete Schmidt, zur Weiterveräußerung überliehen. Letztere betrieb damit einen schwungvollen Handel. Sie setzte die gehebenen Porzellansachen oftmals weit unter dem jeweiligen Wertpreis an. Der Gesamtwert der von Möhleber und Lenteritz gestohlenen Porzellansachen beträgt mehr als fünf Millionen Mark, ein großer Teil der Diebstähle konnte von den mit der Erörterung und Untersuchung betrauten Polizeiorganen gesichert und wieder herbeigeschafft werden.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Ausstellung in der schlesischen Holzindustrie. Nachdem die Fischler einer größeren Anzahl von Betrieben am Mittwoch in einen Streit getreten und alle Versuche zu seiner Beilegung erfolglos geblieben sind, wurde am Freitag laut "Breslauer Zeitung" über sämtliche Betriebe des Landesverbandes Schlesien der Holzindustrie die Ausstellung verfügt.

Stapelkahn von vier neuen Tampfern. Sonnabend nachmittag ließen für die Hamburg-Amerika-Linie der 8000 Tonnen große Frachtdampfer Wasserwald, ferner der Toppelschraubendampfer Albert Ballin mit einem Raumgehalt von 22 000 Bruttoregistertonnen von Stavol. Dieses Schiff soll mit einer vollständig neuartigen Schlinger-dämpfungsanlage ausgerüstet werden. Für die deutsche Tampflichtfabrik "Cosmos" wurde der 6000 Tonnen große, für die Westküstenfahrt bestimmte Frachtdampfer Gesetz, und für die Engländer Reederei Bergomas-U.-G. der Toppelschraubenmotor-Seeschlepp- und Bergungsdampfer Hermes ins Wasser gelassen. Dieses wird das größte Schiff seiner Art in Deutschland sein.

Die Bürgermeisterwahl in Flensburg. Eine politisch bedeutsame Wahl wurde gestern im nördlichen Grenzland vorgenommen, nämlich die Wahl des ersten Bürgermeisters der Stadt Flensburg. Die Wiederwahl des bisherigen Amtsinhabers Dr. Todten wurde dadurch in Frage gestellt, da die Sozialdemokraten einen Gegenkandidaten in der Person des Dr. Wagner-Hönicke aus Hornbom in Wefelsdorf ansetzten hatten. Diese Kandidaten machten die Wähler zu dem ihrem und agitierten eifrig für ihn. Das Ergebnis des außerordentlich heftigen Wahlkampfes war ein glänzender Sieg der deutschen Seite. Dr. Todten wurde mit 18791 gegen 8842 Stimmen auf 12 Jahre wiedergewählt. Die fröhliche Stimmung in Flensburg erinnert an die Zeit der Volksabstimmung im März 1920.

Die Raucher gegen eine Besetzung. Die gesamte Arbeiterschaft des Ruhrgebiets erklärt sich einmütig gegen eine Besetzung des Ruhrgebiets oder gegen die Glorifizierung französischer Kontrolleure. Von den Sozialisten und Unionisten bis zu den Sozialisten und Christlichen besteht nur eine Meinung: wir wollen freie Arbeiter bleiben im freien Deutschland; niemals deugen wir uns fremder Macht. Zum Dokument dieser Stimmung macht sich die deutsche Nummer der "Bergarbeiterzeitung", die von über einer

halben Million Exemplare gehalten wird, indem sie schreibt: "Französische Streiks spielen oft mit dem Gewalten: den Arbeitern ist es gleich, ob die Rheinlande deutsch oder französisch, ob das Hindenburg befreit oder besiegt ist. Sie könnten wissen, daß eine solche Behauptung auf die Arbeiterschaft Rheinland-Pfalzland nicht zutrifft. Wir wollen kein französisches Rheinland, kein besiegtes Hindenburg, und werden uns mit allen Kräften gegen die Vervielzählung solcher Blüte wehren."

Jugoslawien.

Wieder ein Kabinett Valcitsch. Nach einer Bavisierung aus Belgrad hat Valcitsch das neue Kabinett gebildet. Außenminister ist Antschitsch. Sämtliche Minister gehören der radikalen Partei an.

Australien.

Wahlen. Nach den ersten aus Australien vorliegenden Meldungen scheint es, daß die Regierung des Ministerpräsidenten Hughes bei den Wahlen zum australischen Parlament eine Niederlage erlitten hat.

Die Beteiligung deutscher Künstler am Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Die Frage unserer tätigen Künstler am Wiederaufbau der zerstörten französischen Ortschaften wird schon seit vier Jahren erörtert, ohne bisher über die Ansätze hinausgekommen zu sein. Von der deutschen Industrie sind bereits einige Verträge geschlossen worden, aber auch unsere Künstler und vor allem Kunstabwerker müßten daran tätigen Anteil nehmen. Insofern dies möglich ist, behandelt ein Aufsatz "Die Kunst und der Wiederaufbau" von Herbert Gerde in dem von Adolph Donath herausgegebenen "Kunstwanderer". Die französischen Wiederaufbaupläne sind besonders klar von dem Abgeordneten Pierre Kamell hervorgehoben worden, und er hat sich auch darüber gefaßt, wie man sich den künstlerischen Teil dieser Arbeit in Frankreich denkt. Man will die Städte, Dörfer und einzelnen Häuser nach den Grundsätzen der alten Tradition wiedererrichten und ihnen möglichst ihre Vorkriegs-Aussehen verleihen. So wird den Bauern empfohlen, Blaustoffe zu benutzen, die der Landschaft eigen sind, und in der Formgebung der Bauwerke die Linien und der Charakter der Landschaft sorgfältig zu beachten. Die Häuser sollen in dem vorderstandigen Stil gehalten sein, und die "Ferme" des Valois, das Bergwerkshaus des Nordens, das lothringische Haus mit seinen gewölbten Türen, das Vogesenhaus gebaute elstatische Häuser zum Vorbild nehmen. Für den Hausrat werden die Forderungen nach Schlichtheit, Sauberkeit, Ruhe und Zweckmäßigkeits gestellt, die auch bei unsern modernen Innenarchitekten Allgemeingut geworden sind. Sieht man aus diesem im Namen der französischen Finanzkommission erstatteten Bericht von Kamell die für uns wichtigen Forderungen, so ergibt sich daraus, daß man bei der architektonischen Gestaltung der Ortschaften und Häuser der Mitarbeit unserer Künstler nicht bedarf. Bei den Einrichtungsgegenständen aber, die nach einem internationalen Geschmack gearbeitet sein sollen, dürfte die Wirkung unserer deutschen Innenaufsteller wohl in Betracht kommen. Da die Franzosen auch bei höchster Einschätzung ihrer Leistungsfähigkeit den Bedarf an Hausrat nicht befriedigen können, so bleibt dem deutschen Kunstgewerbe hier wohl ein Gebiet der Tätigkeit. Der Künstler schlägt vor, zunächst eine Ausstellung deutscher Erzeugnisse in Köln oder Düsseldorf zu veranstalten, die gleichsam eine Offerte von Möbeln, Tapeten, Heiz- und Beleuchtungskörpern, Stoffen, Teppichen, Gemälden usw. darstellen würde. Die auf die Ausstellung hin gegebenen Aufträge müßten dann durch eine gegenläufige Verständigung der deutschen und französischen Handels- und Handwerkskammern vergeben werden.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 18. Dezember 1922.

Der preußische Haushaltspolik für 1923.

Berlin. Der Amtliche preußische Pressediest teilt mit: In diesen Tagen wird der preußische Finanzminister den Entwurf des Haushaltspolik für 1923, der bereits die Zustimmung des Staatsministeriums gefunden hat, dem Staatsrat zur verfassungsmäßigen Gütekündigung übergeben lassen. Nach dem Vorbericht sind für das Rechnungsjahr 1923 die Einnahmen auf 148 880 876 000 Mark veranschlagt, die dauernden Ausgaben auf 150 268 748 000 Mark, die einmaligen Ausgaben auf 11 047 628 000 Mark. Die Ausgaben übersteigen mitin die Einnahmen um 11 886 000 000 Mark. Der Defizitbetrag soll vorläufig aus den Mitteln der Generalstaatskasse gedeckt werden. Nach dem vorliegenden Haushaltspolik für 1923 sind die Ausgaben gegenüber dem Friedenshaushalt von 1914 auf das Doppelte gestiegen, während die Mark nach ihrer inneren Kaufkraft im Oktober 1922 nur noch etwa ein zweihundertfachiges des Vor-

Bel Ihre Weihnachts-Einkäufen bevorzugen die Leser die Inserenten des „Riesaer Tageblatt“.

Der scherhafte Weihnachtsmann.

Man schreibt uns aus Berlin: Es läuft sich nicht länger verheimlichen: der gute Knecht Rupprecht treibt — falls er überhaupt politisch bestätigt — eine regelrechte Vogel Strauß-Politik. Der Ernst der Zeiten ist für ihn offenbar nicht vorhanden. Wenigstens wird in seinem Geschäft immer noch eine Abteilung "Scherhaft" führt. Wie es um diese in unserer traurigen Gegenwart so seltenen Branche bestellt ist, lehrt ein Blick in die Preisliste einer Berliner Firma, der unter scherhaftem Weihnachtsmann ancheinend seine Generalsvertretung für Deutschland in diesem Artikel übertragen hat.

In den Löwen dieser Scherzfabricanten scheint sich die Welt erheblich anders als sonst in Menschenköpfen zu malen; schon die bloße Lektüre dieser Angebote und Empfehlungen lädt beim Leser eine heitere Stimmung aus. Um diese Wirkung in ihrer ganzen Kraft und Schönheit zu erhalten, ist bei den nachstehenden Stichproben getreulich und unangestossen der Zettel in seiner eigenwilligen Stilistik wiedergegeben.

Den Zettel eröffnet "Das Zauber-Tintenfisch, sensationelle Neuheit, der größte Schlager seit vielen Jahren. Es kann gefüllt in der Tafel gezeigt werden, ohne auszulaufen, steht selber wieder auf, wenn es umgestoßen wird, kann auf den Kopf gestellt werden, verbindet darüber das Verbinden des Tinten, spart also. Großartiger Gebrauchsartikel, dabei harmloser Scherz." In der Tat, fehrt harmlos. Die Erfindung kann, da sie "also spart", bei dem ungeheurem amtlichen Tintenkonsum in Deutschland mitunter doch ziemliche Unwandlungen bringen. Um diese Wirkung in ihrer ganzen Tiefe und Schönheit zu erhalten, zeigt ferner die angekündigte Neuheit "Schleiermarie, ein originales Geduldsspiel, fein farbig, 17 Centimeter lang", das — von echt wasserlöslichem Geist erfüllt — eine bunte, verzweigte und mit Meißeln bildmärcige Gestebeschaffenheit am-

Gespen hängend darstellt. Denkbarer Reiz der Originalität hat die "Banknotenpresse, Geldscheine selbst zu machen, verblüffender Zauberartikel, Duzend — Markt inkl. Gebrauchsanweisung". Ein schwieriges Problem unserer Tage ist damit — vor dem Fest gerade rechtzeitig — gelöst und einem in weiten Kreisen des darbenden Mittelstandes seit langem tief empfundenen Bedürfnis endlich abgeholfen. Von weitgehender Humanität zeugt auch die "prachtvolle Neuheit, die bewegliche Figur als Aufsitz auf jede Zigaretten- oder Zigarettenspitze. Durch das Rauchen bewegt die Figur Arme und Beine. Seine, bunte, massive Figur...".

"Offenbar soll diese neue Einrichtung dazu dienen, dem leidenschaftlichen Raucher über seine Verstimmung über die neuen hohen Tabaksteuern und die schreckten, aber teuren Kräuter hinwegzuhelfen. Überhaupt erscheint in dieser Offerte die Menschenfreundlichkeit, die den lieben Nachbarn irgendwie hineinlegen möchte, in den verschiedensten Spielarten. Hierher gehört der "sensationelle Schlager; die lebende Wand, läuft ohne Urturm, ohne Faden auf Tischen, Bänken, Fußböden herum, gänzlich überraschend, ein plötzlicher Trick" oder "der lebende Löwe, läuft ganz natürlich, alle Teile bewegend" — aber auch der "Frosch, aus einer Stichholzhäschel springend", desgleichen die anscheinend besonders appetitlichen "Bären, Spinnen und Schaben".

Ebenso human wie unverstehlich humorvoll für ruhige Leute ist vermutlich der sogenannte "Fensterdach, seitlich Eisenplatten, Dachendach... Markt" oder "die bequemlich an den seitlich entzündeten Wetterfahnen erinnernde "Fusselfürme, explodierend, Dachend... Markt". In einer ähnlichen Kategorie gehören "Zigaretten, Schneeböden in Tüten mit je 10 Stück", "Staubdosen, je drei in Schachteln", wie sie als neuzeitliche Umgangssform in Parlamenten recht populär geworden sind, und vor allem der großartige Schlager: Rauchender Schornstein, aus dem nach der Entzündung eine riesige Quantität dicker Rauch quillt. Ein selten großartiger Artikel."

Sogar die in unseren Tagen liegenden Welle des Ostalpinismus wird, höchst modern, von unserem scherhaftem Weihnachtsmann geschäftstüchtig berücksichtigt. In keiner Preisliste finden wir u. a. "Weiterwälze, gro-

artiger phototechnischer Scherz" oder "Sobille, neue Wahrheit", "Blick in die Zukunft, Dachend... Markt", eine geheimnisvolle "Versicherungs-Zaubertrick", "Thymatische Tinte (Geheimtinte)" und ähnliche vierdimensionale Ungelegenheiten. Das Knecht Rupprecht endlich selbst das lange und heiß umstrittene Problem des "Versteinung mobile", "bliebend" gelöst hat, darf der stämmigen Welt nicht vorerhalten werden, vielleicht sei auf dem Prosalett außer: Der Barrenturner, der einmal angetreten, sich fortwährend überschlägt. Große Sorte Dachend nur... Markt, jenseit Vorrat. Und mit einem ganz besonders merkwürdigen Erzeugnissen dieser angeblich schwerhaften Industrie — dem "Gungendräfer, das Geheimnis, gut zu werden", dem "Zellerwandler, beliebiger bekannte Scherz", dem "Mädchen- und Bauernjäger" und dem vielversprechenden "Liebes-, Rauch-, Eberhandthermometer" — sei die kleine Bilddiele geschlossen.

M. Blittner.

Kunst und Wissenschaft.

Neue Nachrichten von Amundsen. Aus Christlands wird gemeldet: Roald Amundsen hat von seinem Schiff "Maud" über Spitzbergen seinen ersten Witterungsbericht geschickt. Seine letzte Nachricht, die über Rom am 17. August eingetroffen war, bezeichnete die damalige Lage seines Schiffes mit 71,9 Grad nördlicher Breite und 175,1 Grad westlicher Länge. Die jetzige Lage des Schiffes ist mit 78,4 nördlich und 178 östlich von Greenwich gekennzeichnet. Das Wetter war fast klar. Bei leichtem nordöstlichen Wind Temperatur — 24 Grad. Man kennt seine Meinung betrifft dieser Mitteilung bestagt wurde, findet sie günstig. Das Schiff "Maud" liegt sich vom Strom so tragen, wie erwartet wurde und fährt in der gleichen Richtung wie "Jeanette". Es bewegte sich aber bedeutend schneller. Bedenkt insofern besonders günstiger südlicher Wind. Die "Maud", sagte Man, wird vom Strom aus dem Norden oben nahe zu ihm herangetrieben werden. Das hat aber nicht viel zu sagen, die Hauptlast ist, daß sie sich durch das Eisarmen treiben läßt wogu & ifigen Bedingungen.

Kriegswertes hervor. Die Haushaltssumme für 1928 folgten also der Gesamtwertung nur etwa zum 7. Teil. Die in Vorderstellung befindliche Umstellung der Verwaltung auf eine andere Betriebsform wird durch ein besonderes Gesetz geregelt. Da noch nicht übersehbar ist, ob die Umstellung bis zum 1. April geregt sein kann, ist der Haushaltssumme zunächst noch in der alten Form vorgelegt. Um die Eingliederung von den Stellen zu fördern, wurde eine dementsprechende Bestimmung in das Gesetz über die Feststellung des Haushaltspolitik für das Rechnungsjahr 1928 aufgenommen. Gegen die Verantragung steht die laufende Steuerung um 118 816 000 400, die dauernden Ausgaben um 121 800 855 825 M. Die dauernden Ausgaben betragen mitin im Vergleich zu den laufenden Einnahmen ein Mehr von 11 920 251 881, dagegen haben sich die einmaligen Einnahmen um 10 598 552 000 und die einmaligen Ausgaben um 10 070 800 601 Mark vermindert. Mit Rücksicht auf den vom Landtag am 5. Juli auf Antrag seines Hauptausschusses gefassten Beschluss wird mitgeteilt, daß das Reich auf die von Preußen vorläufige gesetzte Vorentscheidung für Kriegsschäden 1750 Millionen Mark, und zwar 500 Millionen Mark im Rechnungsjahr 1923 und 1250 Millionen im Rechnungsjahr 1922 erstatzt hat.

Schlageret zwischen Reichswehr und Zivilisten.

X Berlin. Über eine Schlageret zwischen Reichswehr und Zivilisten berichtet die Montagspost: Die Reichswehr, Gruppe Reichswehrministerium, veranstaltete in der Nacht zum Sonntag in einem Tanztablissement ein Weihnachtsfest. In einem anderen Saal destablissements fand gleichzeitig ein Tanzvergnügen statt. In den frühen Morgenstunden gingen die Soldaten wiederholt in den anderen Saal, um sich an dem Tanz zu beteiligen. Als ein Wachtmelder sich mit einem jungen Mädchen angefreundet hatte, kam es zu Auseinandersetzungen zwischen ihm und mehreren Zivilisten. Die Streitparteien arbeiteten schließlich so weit aus, daß die Zivilpersonen mit Biergläsern und Stühlen auf die Soldaten eintrangen, die ihrerseits teilweise die Waffen gezogen hatten. Bei der allgemeinen Prise gab es auch einige Verletzungen. Ein Unteroffizier mußte zur Anklage eines Motorverbandes auf die Meldungswoche gebracht werden. Verbliebene Schuhpolizei räumte den Saal und verbastezte einen Zivilisten.

Der Streit bei der Badischen Mullin- und Sodafabrik beigelegt.

X Mannheim. Am Sonnabend abend ist zwischen der Betriebsleitung der Badischen Mullin- und Sodafabrik Ludwigshafen und den Vertretern der Gewerkschaften eine Verhandlung erzielt worden. Danach erhalten die Fabrikarbeiter einen Stundenlohn von 400 Mark, die Handwerker einen solchen von 424 Mark und die Arbeiterinnen von 280 Mark. Dazu kommen die bestehenden sozialen Zusagen. Jeder verbrauchte Wiedereintritt erhält sofort nach Aufnahme der Arbeit eine Nachzahlung von 2500 Mark für den November und eine Kinderzulage von 250 Mark je Kind. Die Urheber des Streits haben nach der getroffenen Vereinbarung keinen Anspruch auf Wiedereinstellung.

Explosion einer Granate.

X Neu wied. Beim Auftauchen von Geldschaltern auf dem Gelände des ehemaligen Nahkampfmitteldepots entdeckte sich laut Meldung der "Köln. Volkszeitung" eine Granate, durch deren Splitter eine Frau getötet wurde. Ihrem Mann wurden beide Beine abgeschnitten. Er starb nach einer Viertelstunde.

Die Lausanner Konferenz.

X Lausanne. Der erste Ausschuß wird morgen nachmittag zu einer Sitzung über die Meerengenfrage zusammengetreten. Die türkische Abordnung wird eine Debatte überreichen, in der sie gegen verschiedene Punkte im alliierten Projekt über die Meerengenfrage Einspruch erhebt, vor allem gegen die Befreiung der internationalen Kommission und den Umgang der freien Seestreitkräfte im Schwarzen Meer. — Man ist sehr gespannt auf die Haltung, die in der morgigen Sitzung die russische Delegation einnehmen wird, umso mehr, als heute eine Besprechung zwischen Lord Curzon und Tschischtschir stattgefunden hat.

Die türkischen Forderungen.

X Lausanne. Heute wurde in Lausanne die "Schweizerische Gesellschaft der Freunde der Türkei" gegründet. In der Gründungsversammlung überreichte der Präsident, der schweizerische Oberst Bonjalon, dem Führer der türkischen Delegation Ismet Pascha eine Ehrenmedaille und überreichte ihm eine weitere Medaille für Kemal Pascha. Ismet Pascha sprach den Dank des türkischen Volkes aus, das mit Freude von diesem Beweis der Wertschätzung für seinen Präsidenten Mustapha Kemal Pascha Kenntnis nehmen werde. Er hofft viertausend die türkischen Forderungen auf der Friedenskonferenz zusammen: Wir verlangen völlige Unverfehlbarkeit der Gebiete, die von einer überwiegend türkischen Mehrheit bewohnt werden. Hier können wir keine Opfer bringen. Wir fordern den der Türkei verbleibenden Minderheiten alle Vorteile zu, die man ihnen

in den Mittelland in Europa abgeschlossenen Verträgen zugesandt hat. Jede andere Ausnahmestellung würde eine unannehbare Verleugnung unserer Souveränität bedeuten und die Autorität der Regierung infolge Schaffung halbstaatlicher Körperchaften im Staate untergraben. Keine türkische Regierung kann derartige Zuständigkeiten hinnehmen. Die gegenwärtige Verfassung des türkischen Staates beruht auf der direkten Wahl des Kontrollen-Gesetzgebungsmaß durch die Nation. Sie isoliert alle Geheimdiplomatie in der inneren wie in der äußeren Politik aus. Die Abstreitung der monarchischen Souveränität hat den Beweis dafür gebracht, daß die Türkei seit entzogen ist, aus Jahrhunderten alten Fehlern zu befreien. Die türkische Nation ist daher gewillt, ihre politischen, juristischen und wirtschaftlichen Beziehungen endgültig durch Verträge festzulegen, und zwar in Übereinstimmung mit den allgemeinen Regeln des internationalen Rechts und auf dem Boden des Grundsatzes der Gegenwärtigkeit.

Das amerikanische Eingreifen.

X Paris. "Journal des Débats" veröffentlicht ein Telegramm aus Washington, in dem es heißt, man habe sich anscheinend ein wenig zu sehr mit der Behauptung bekleidet, daß der Gedanke eines amerikanischen Eingreifens in der Reparationsfrage schon jetzt einen bestimmten Charakter angenommen habe und daß seine Verwirklichung unmittelbar bevorstünde. Bis jetzt sei keinerlei Schritt oder offizielle Mitteilung der amerikanischen Regierung erfolgt. Vor allem werde erklärt, daß man von einer Unterredung, die in London zwischen dem amerikanischen Botschafter Darwen und Boland über den amerikanischen Plan stattgefunden hätte, nichts wisse. Es steht allerdings fest, daß die europäische Finanzlage die amerikanischen Regierungs-

kreise lebhaft beschäftigt.

Amerikas Haltung in der Reparationsfrage.

X Paris. Der "Petit Parisien" veröffentlicht eine längere Meldung aus Washington, in der gefragt wird, ob standen gegenwärtig folgende Möglichkeiten zur Erörterung: 1. Einberufung einer Wirtschaftskonferenz, 2. eine Anleihe zwecks Stabilisierung der Mark, 3. ein Schiedsvertrag für die endgültige Festlegung der Reparationsverpflichtungen durch einen nicht-gouvernementalen Ausschuss. Als möglichstweise in Betracht kommende Mitglieder dieses Ausschusses werden die beiden Amerikaner Elihu Root und Pierpont Morgan genannt. Anhiebend sei das Haupthindernis für eine Wirtschaftskonferenz die Frage der Schulden der Alliierten bei Amerika, deren vollkommenes Erledigung nur vom Kongress abhängt, der aber seine Einigkeit in diesem Sinne zeige. Was die Deutschland zu gewährende Anleihe betrifft, so würden Bissens genannt, die nach den Beiträgen von 1½ Milliarden Dollar bis zu einer weit höheren Summe gingen. Man erkläre jedoch, daß eine derartige Initiative seitens der Regierungen nicht diskutiert werden könne. Wenn eine Anleihe aufgestellt werden sollte, könne es nur durch das amerikanische Banken-Konsortium geschehen, das die Zustimmung der Regierung erhalten, aber bereits die bekannten Garantien verlangt.

Besetzungsstatus über Warschau verhangt.

X Warschau. Der Ministerrat beschloß die Verbannung des Ausnahmezustandes in der Stadt Warschau vom 18. Dezember ab.

Die Geschäftslage in Amerika.

X New York. Nach den Spezialwochenberichten der Zeitungen der meisten Gegenden macht sich eine stärkere Kauflust des Publikums bemerkbar. Die Beschäftigung der Arbeiter hat zugenommen. Meldungen über Arbeitslosigkeit stehen jetzt eine Ausnahme dar. Die Goldausfuhr aus London betrug in der letzten Woche 2900000, die aus Paris 2000000 Dollars.

Eine neue Abrüstungskonferenz.

X Washington. Senator Lind hat im Senat eine Resolution eingereicht, wonach der Präsident Harding ermächtigt werden soll, eine Abrüstungskonferenz einzuberufen, zu der sämtliche Regierungen eingeladen werden sollen, mit denen die Vereinigten Staaten diplomatische Beziehungen unterhalten. Die Konferenz soll ein allgemeines internationales Abkommen herzustellen suchen, das eine weitgehende Herabsetzung der Rüstungen zu Lande und zu Wasser ermöglichen und die Last der übertriebenen und unnötigen Ausgaben, die die Nationen für die Vorbereitung des Krieges verwenden, erleichtern soll.

Vermischtes.

X Ein Motorschiff im Wirkelsturm gesunken. Das der Kohlenimport-Aktiengesellschaft in Königsberg i. Pr. gehörige Motorschiff "Elsbeib", das in der Fahrt Gotland-Königsberg beschädigt wird, geriet auf der Höhe von Bruckeroft in einen schweren Wirkelsturm. Das Schiff muhte in sinkendem Zustand von der Mannschaft in zwei Booten verlassen werden. Eines davon, das sich zwanzig Minuten lang an der Küste hielt, brachte die Rettung entlang treibend

auf See gehalten, bis es in der Brandung schwerte. Der aus Königsberg kommende Schiffsunge Krause wurde in der Nähe von Ribben an das Land geworfen. Er überbrachte die Meldung von dem Unglück. Wie das Memeler Dampfschiff meldet, befanden sich in dem an der Kurischen Neurung gesunkenen Rettungsboot sechs Männer der Besatzung. Drei davon, darunter der Kapitän und der erste Matrosen, ertranken. Der Schiffsunge rettete sich. Am zweiten Boot befanden sich ebenfalls sechs Männer. Ein Memeler Lotsen-Dampfer, der den Ort des Unglücks absuchte, fand keine Spur von dem zweiten Boot.

Der legte Grub der "Pommern". Ein Seemann von einem Hochseefahrer fand auf dem Turmdeck und dem ersten Feuerdeck eine Glasschüssel, die den letzten Grub des Kriegsschiffes "Pommern" enthielt, das am 31. Mai 1918 im Seegefecht von Helgoland untergegangen ist. Die Glasschüssel enthält einen Brief an Fräulein Anna Thiemann in Hamburg, in dem es heißt: "Der letzte Grub gilt Dir, meine Braut. Marine-Seemann Rudolf Peteren, S. M. S. 'Pommern'." Die Mutter des Mädchens, der man den letzten Grub des Seemanns zeigte, hat seine Handschrift als völlig einwandfrei wiederaufgefunden.

Eine kluge Frau. „Ich meine, es ist eine übrige Gewohnheit mancher Frau, ihr Alter falsch anzugeben.“ sagte eine Frau mit fröhlig ergrautem Haar. „Ich kann ehrlich sagen, daß ich das niemals getan habe.“ — „Nicht?“ sagte ihre Freundin mit zweideutiger Betonung des Wortes. — „Nein!“, sagte die erste Frau lächelnd — denn sie hatte Sinn für Humor — „in der Tat, ich habe es nie getan. Ich weiß eine Methode, mich jünger zu machen, als ich bin, so oft ich es will, ohne den Leuten eine Blöße zu zeigen.“ — „Wirklich?“ fragte die andere, wie machst Du das nur?“ — „Ich wähle die Länge der Lüge aus den Fragestellern. Sieh, wenn eine von meinen lieben Freunden — in diesem Punkte sind sie ja alle sonderbar — mich fragt, wie alt ich bin, so sage ich: Oh, ich bin ein Jahr oder zwei älter als Sie — mindestens ein Jahr. Sagt Sie mir doch, sehe ich dann hinzu, wie alt sind Sie? Dann nehmen Sie von meinen Jahren immer mehr hinweg, als ich es selbst wagen würde.“

Die Maus als Sängerin. Von Tieren, die man allgemein für unmusikalisch hält, und die doch allerlei mehr oder weniger wohlklingende Töne hervorbringen können, erzählt der englische Naturforscher W. S. Berndt in seinem Buch "Tier-Merkwürdigkeiten". Er plaudert nicht nur von singenden Fischen und Schnecken, sondern auch von musikalischen Gräsern und Kängurus und berichtet schließlich von der Gelangskunst der Hausmäuse, die imstande sind, mit ihren Stimmen sehr eigenümliche und wechselnde Töne hervorzubringen. Er selbst hat eine solche musikalische Maus beobachtet, die es so weit gebracht hatte, die Töne einer Oktave zu singen und ihren musikalischen Vortrag mit einem kleinen Triller abzuschließen. Bei diesen Gesangsleistungen äfferte die Kehle des Tieres und blähte sich auf wie bei einem singenden Vogel, und um die Bedeutung ihrer Leistung noch zu erhöhen, sang die Gesangsduettin in Männigekleid, während sie diese Töne hervorbrachte, aufrecht auf ihren Hintertüpfen.

Sport.

X Ligameisterschaft. Die Ligamannschaft des Riesaer Sportvereins gewann in Mittweida mit 3:1.

Die Tabakserie des ASV spielte mit Nünchris 1. im Verbandspiel 3:3. ASV. 3. gegen Röderau 2. 3:1. ASV. 4. gegen Oschatz 2. 2:4. Der Jugendmeister holte sich mit 6:0 von Nünchris die Punkte. ASV. Jug. und Spielvereinigung Jug. som. gegen B. I. B. Dresden 1. Jug. 1:0. ASV. An. gegen Nünchris 8:0 Heimspiel.

Stand der Ligaspiele Kreis Mittelsachsen.

	Spiele gew.	unentsch.	verl.	Tore	Punkte
Breuberg	11	7	2	2	35:16 15:7
C.B.C.	9	6	1	2	20:7 13:5
Nieblaer S.V.	12	5	2	5	18:27 12:12
National	9	4	2	3	20:14 11:7
Teutonia	10	5	1	4	24:16 11:9
Sturm	12	5	1	6	23:28 11:13
W.B.B.	10	3	4	3	19:20 10:10
Hellas	8	2	1	5	10:19 6:11
Mittweida	11	2	—	9	12:34 4:18

National-Preußen 1:1 abgebrochen, National 2 Punkte.

X Handball. Allgemeiner Turnverein — Turnverein Lommaguth 8:0 Halbzeit 4:0. Lommaguth enttäuschte sehr, was man doch von ihnen einen flotteren Spiel gewöhnt. Erst in der zweiten Halbzeit raffte sich Lommaguth auf und fand sich besser zusammen, so daß das Tor des Riesaer etwas mehr bedrückt wurde, aber dennoch kein Erfolg für Lommaguth erzielt wurde. Riesa war wieder in bester Form. Bei der Vorrunde der Spielgruppe Döbeln steht die Mannschaft des Allgemeinen Turnvereins Riesa an erster Stelle als ungeschlagen. Man durfte deshalb auf die nächsten Spiele gespannt sein, in denen Riesa gegen gute Mannschaften sein Können zeigen wird und auch hier in Riesa ein guter Sport im Handballspiel zu leben sein wird.

X Gewerkschaftsverein. Der Name des Ausstellers habe ich leider nicht erfahren können, dogegen vermog ich Ihnen mit dem des Vermittlers zu dienen! Es ist ein Rentier Gründer, Albert Grindler, der unter der Hand viel in Darlehnsgeschäften mit Offiziären und Angehörigen der Lebewelt arbeitet!

„Den Namen des Ausstellers habe ich leider nicht erfahren können, dogegen vermog ich Ihnen mit dem des Vermittlers zu dienen! Es ist ein Rentier Gründer, Albert Grindler, der unter der Hand viel in Darlehnsgeschäften mit Offiziären und Angehörigen der Lebewelt arbeitet!“

Albert Grindler! Mit nachdenklichem Blick sah Harry zum Fenster seines Kontors hinaus.

Ein Wechsel seines Bildes im Besitze dieses Mannes, dessen Namen auf einmal die ganze Zeit seiner früheren leichtsinnigen Jahre wieder vor seinem geistigen Auge reichen ließ.

Ein unbestimmter Verdacht gegen Paul Haubmann regte sich plötzlich in dem geheimsten Winkel seiner Seele; er war der einzige, der aus dem Kreise seiner näheren Bekannten und Freunde gleich ihm zu dem kleinen Bucherer vom Morphyia Beziehungen unterhalten hatte.

Wenn Paul unter dem Drude finanzieller Schwierigkeiten vielleicht zu einem so verzweifelten Mittel seine Zuflucht genommen hätte?

Auf einmal fiel es ihm ein, ein wie schues, gebrüderliches Weinen der Freunde bei ihren Zusammenkünften während der letzten vierundzwanzig Stunden an den Tag gelegt hatte.

Dann aber wie er seinen schmähsamen Verdacht wieder weit von sich.

Der Bruder Hottes ein gemeiner Wechselfälliger!

Das konnte nicht sein, das durfte nicht sein!

Herrschung folgt.

Die Siegerin.

Roman von Hans Schulze-Soran.

34. Fortsetzung.

Die beiden Freunde wechselten einen raschen Blick. „Die Beobachtung soll ganz unverbindlich geschehen!“ entstieß Harry dann kurz. „Es kommt und zunächst nur auf ein objektives Tatortenmaterial über den täglichen Lebensgang des Herrn Radmus an; die Schlüsse herauswünschen wir selbst zu ziehen!“

„Ganz nach Ihrem Belieben, Herr Radon! Haben Sie im übrigen für mich sonst noch weitere Befehle?“

„Ich danke, Herr von Jarosszinski!“ war die Antwort.

„Sollten Sie im Laufe der nächsten Zeit noch irgend welcher Auskünfte bedürfen, so bitte ich Sie, sich mit Herrn Haubmann in Verbindung zu setzen, der von mir zu meiner vollen Vertretung autorisiert ist!“

Beide Minuten danach lag Harry im Automobil und fuhr nach seinem Kontor an der Hanowitzbrücke. Hier hatten seiner bereits seine Prototypen mit ganzen Stöcken von Unterschriften; dazu waren sich dringende Depeschen, der Börsevertreter der Firma telefonierte fortwährend aus der Burgstraße über die Kurzbewegung der rheinischen und westfälischen Kohlemärkte und erbat und erhielt Aufträge bis zur Höhe von Hunderttausend von Mark.

Gegen sechs Uhr war Harry derart erschöpft, daß er sich trotz der noch vergeblich Lagernden Arbeit zu jeder weiteren Tätigkeit unfähig fühlte und ganz gegen seine Gewohnheit zugleich mit Geschäftsschluß den Wagen befaßt.

Als er gerade im Begriffe stand, sein dumpfiges Kontor zu verlassen, überreichte ihm der Bürodiener die Visitenkarte eines Herrn, der bereits seit einer halben Stunde im Vorzimmer sass und darauf bestete, den Chef persönlich zu sprechen.

Harry warf einen flüchtigen Blick auf das schmale Kartentblatt, das ihm den Besuch eines ihm völlig unbekannten Bankiers ankündigte, und ließ den Besucher abschlägig bestehen.

Erst als der Fremde noch einmal sehr dringend unter auffälliger Betonung des verbindlichen

Frühjahrsbestellung der Felder nach versäumter Herbstdauerung.

Als Regel gilt bekanntlich, daß jeder Acker für die Frühjahrsbestellung schon im Herbst auf gerüstende Tiefe bearbeitet werden, und den Winter über in ruher Hürche liegen soll, so daß im Frühjahr die ganze Vorbereitung für den Getreideanbau nur in einem kräftigen Egerstrich, allenfalls noch in einem Durchsähen mit dem Kultivator zu beenden hätte. Doch treten oft, wie jeder Landwirt zur Gewisse oft erfahrt, Verhältnisse und Umstände ein, welche die Regel undurchführbar machen. Ein leider sehr schlagendes Beispiel bildet hierfür der heurige Herbst mit seiner viel Woden andauernden Regenzeit. Es konnten viele für den Herbstanbau bestimmte Flächen gar nicht bestellt werden, gleichzeitig denn die übrigen Feldstücke normal bearbeitet werden. Besonders die Landwirte mit schweren Bodenarten hatten darunter zu leiden.

Es sind noch viele Stoppeln auf Feldern zu stürzen, auf denen im Frühjahr angebaut werden soll. Hier empfiehlt es sich wohl, den Düniger zur Hackfrucht über Winter gleich auf die Stoppeln zu führen und bei den nötigen frostfreien Tagen, wie solche ja besonders bei abnormer Winterwitterung öfter eintreten, unterzupflügen. Mindestens treten auch Ende Februar gewöhnlich noch solche Nachfröste auf, daß sie eine Lockerung und Krümme-

Der denkende Ladenbesitzer

sfragt nicht: „Muß ich infizieren?“ — „Was kostet eine Anzeige?“ sondern: „Mach mich die Anzeige mehr bekannt?“ — Was bringt sie mir ein?“ — Sragt er: „Wo infiziere ich?“ so gibt nur eine Antwort: „Im täglich erscheinenden Riesaer Tageblatt!“

lung der rauhen Hürche bewirken. Tritt aber dieser günstige Fall nicht mehr ein, oder handelt es sich um Gegen- den, die normal den ganzen Winter eine stärkere Schneedecke aufweisen, so bleibt nichts anderes übrig, als im Frühjahr die Sämaschine gleich an den Pflug zu hängen, mit anderen Worten, die Kultivierung sobald wie durchführbar ist, zu beschleunigen und das an einem Tag gearbeitete Feld womöglich noch am selben Tage, jedenfalls aber am folgenden Tage zu bestellen.

Jeder Landwirt weiß, wie rasch an einem warmen Frühjahrstage der Boden austrocknet und wie schnell bei sofortigem Gehen und Walzen eine Bildung von Knollen und Ballen eintritt. Man soll aber im Frühjahr den Boden möglichst wenig durchwühlen und bearbeiten, um die Winterfeuchtigkeit zu schonen, welche zur Beschleunigung der Keimung notwendig ist.

Bei unfruchtbarem Boden genügt ein einmaliges Pflügen in der Länge und Breite, worauf man sofort die Sämaschine folgen läßt. Hierauf ergibt man, falls der Samen nicht vollständig gebedt ist, nochmals und zwar in der Menge der Drillstellen, weil beim Quereggen zu viel Samen wieder verstreut wird.

Hat man aber ein unfruchtbare Feld, so lasse man sich nicht durch die ersten schönen Frühlingstage zu früher Saat verleiten, sondern warte im Gegenteil das Auflaufen des Unfruchtbaren ab und benütze dann den Kultivator oder den Eggerstrich quer zu der Unterfläche. Man meide im Frühjahr den Pflug zum Anbau soviel wie möglich. Besteht aber in Ausnahmefällen die Stoppeln noch oder ist das Feld mit Duedens, Wildhafer usw. besetzt, so geht es ohne Pflug nicht. Soll auf solche Felder arbeiten, so wird nicht selten empfohlen, den Samen breitstrich auszutreuen und leicht einzupflügen. Denn nur dadurch, daß man den Samen zu zwei Dritteln einsetzt, ein Drittel obenauf läßt und eineggt und wölbt, gelingt es, den Vorrat an Bodenfeuchtigkeit zu schonen und ein rasches Auftauen der Saat zu ermöglichen. Wir verzichten in diesem Falle lieber auf die Drillsonde, da das länger dauernde Bürsten des Bodens für dieselbe bei verrosteten Feldern diese zu sehr austrocknet und ein folgendes trockenes Frühjahr das Keimen so in den Samens vereiteln würde.

H. A.

Berlossen wurde v. Jung. Dienstag, Mittwoch und Donnerstag letzter Einlauf von Lumpen, Knochen Papier und Eisen (Metalle nur gegen Ausweis)

Achtung!
im Hotel Kronprinz.
Ralftischstoff Superphosphat 40 prozentig. Ralftsalz Rainit Gem. Düngestoff
empfiehlt ab Lager
G. Heinig, Langenberg
Telefon Riesa 34.

Offerten unter 8 U 9700 an das Tageblatt Riesa.

Junger Herr sucht ab 1. Januar oder sofort möbl. Zimmer od. Schlafstelle.

Offerten unter 8 U 9708 an das Tageblatt Riesa.

Schliffr. Gasanz. 9.3.r.

Wegen Entrückung des jehigen fuchs ich sofort ein ordentliches, fleißiges Dienstmädchen.

Zu erste. im Tagebl. Riesa Junge ehrlisches Mädchen

für kleinen Haushalt zum 1. Januar od. später ges. Zu erste. im Tagebl. Riesa.

Zum 1. Januar oder später ein nicht zu junges kinderloses, unbedingt zuverlässiges Zweitmädchen mit guten Zeugnissen gesucht. Wiegand, Gröba, Elbwe 5a.

Vehrstelle f. Schlosser frei.

Zu erste. im Tagebl. Riesa Für 1. Januar oder später suche tüchtigen Pferdeburshen

im Alter von 16—18 Jäh. am liebsten aus der Landwirtschaft.

Pinkert, Baumhäusler, Baufabrik. Zuverlässiger Chauffeur

gelernter Schlosser, wird sofort für Personenausfahrt gesucht. Schriftl. Angebote m. Zeugnisabschriften unter 8 U 9767 an das Tageblatt Riesa.

Deutsche Schäferhündin

raffinein, in gute Hände zu verkaufen. Neuwiese, Riesaer Straße 17, 1.

Geschlacht, kaufen täglich Weihnachten und Neujahr

Zeit-Gänse zu höchstem Tagespreis. Preis anfrage überzeugt. A. Geckins, Stadt Riesa, Bobritz.

Guth. Spielboje, 50×88.

Gitarre-Zither preiswert zu verkaufen. Röderstr. 13.

Ehankelpferd zu verkaufen. Baritsch, Wergendorf 9.

Gutech. Puppenwagen, fast neuer Studentenwagen zu verkaufen. Zu erfragen im Tageblatt Riesa.

Rinderkorb mit Gekell zu kaufen gesucht. Offerten mit Preis unter 8 U 9769 an das Tageblatt Riesa.

Ein grauer Anzug wenig getragen, billig zu verkaufen. Überprüfung.

Gutech. Herrenrad umhängethal. 1.55000 M. zu verkaufen. Zu erfragen im Tageblatt Riesa.

Dienstag, Mittwoch und Donnerstag letzter Einlauf von Lumpen, Knochen Papier und Eisen (Metalle nur gegen Ausweis)

Gebr. Reisekorbd
vierterlicher Tisch m. Klino-, Blatte, Stühle, ein Zylinderhut zu verkaufen. Zu erfragen im Tageblatt Riesa.

Guterhaltenes Piano oder Tastellklavier

verkauft. Kassett. Kosten gesucht. Offerten unter 8 U 9780 an das Tageblatt Riesa.

St. Eisen. Eisen m. Höhe zu verkaufen. Zu erfragen im Tageblatt Riesa.

Zu verkaufen:

Eiserner Zaunpfosten, neu, 2½ m hoch. Herrenrad, guterh., m. Ber. u. Freil.

Gebote an „Ebbote“, Mühlberg (Elbe).

Armeewagen, m. neu, großes fourn. Regal für Sigarrengeschäfte usw.

5 kg Bandstahl,

1 Schreibpult m. verl.

große Schrotäge,

2 Frühbeetfenster,

10 Tafeln Fensterglas

je ca. 45×55 em, u. v. a. m. preiswert, verlöslich.

Röhres bei W. Wohl-

arth, Osthak. Tel. 199.

Gebrauchte, guterhaltene

Tisch- u. Bohlstiften

kaufen

Gebr. Walther & Jilgen,

Beleuchtungsförderfabrik.

Wurzen i. Sa.

Christbäume

gibt ab im einzelnen und im Stock. Oskar Richter, Kommausch.

zu verkaufen im

Gasthof Gröba

Möbel

neue und gebrauchte

preiswert zu verkaufen.

Oskar Wesse

Riesa, Brückgasse 4

Seifenfabrik Grubann & Anecke, Riesa.

Für den Weihnachtsfest empfehlen

wie ganz vorzügliche Qualitäten

Toilette-Seifen

zu noch recht vorteilhaften Preisen.

Ihre am heutigen Tage vollzogene

Vermählung geben bekannt

Erich Däweritz

Trude Däweritz

geb. Lindemann

Pausitz-Zwirzschau, 18. Dez. 1922.

Wir zeigen hierdurch die

Verlobung unserer Tochter

Lotte mit Herrn Albert

Thonfeld - Gröba an.

Riesa, 18. 12. 1922.

Oberl. G. Hofmann

und Frau.

Lotte Hofmann

Albert Thonfeld

Verlobte.

Die Beerdigung findet Dienstag

1/2 Uhr

von der Friedhofshalle aus statt.

Im tiefssten Schmerz,

Emilie Delling geb. Mammisch

Anna Wittendescher geb. Delling

Alfred Delling

Emil Wittendescher

und ein Entlein.

Wiederholung am Sonntag 1/2 Uhr nach

eintägigem Krankenlager mein lieber Vater und Vater

Herr Gustav Brendler

im Alter von 54 Jahren.

Emilie Delling geb. Mammisch

Anna Wittendescher geb. Delling

Alfred Delling

Emil Wittendescher

und ein Entlein.

Die Beerdigung erfolgt Mittwoch, den 20. Dezember, 1/4 Uhr

von der Friedhofshalle in Röderau aus.

Im tiefssten Schmerz die Unterbliebenen.

Emilie Delling geb. Mammisch

Anna Wittendescher geb. Delling

Alfred Delling

Emil Wittendescher

und ein Entlein.

Die Beerdigung findet Dienstag

1/2 Uhr

von der Friedhofshalle in Röderau aus.

Im tiefssten Schmerz die Unterbliebenen.

Emilie Delling geb. Mammisch

Anna Wittendescher geb. Delling

Alfred Delling

Emil Wittendescher

und ein Entlein.

Die Beerdigung findet Dienstag

1/2 Uhr

von der Friedhofshalle in Röderau aus.

Im tiefssten Schmerz die Unterbliebenen.

Emilie Delling geb. Mammisch

Anna Wittendescher geb. Delling

Alfred Delling

Emil Wittendescher

und ein Entlein.

Poincarés Pfänder.

Der Dollar fällt. Neue Hoffnungen beginnen sich in den Herzen des so oft enttäuschten und getäuschten deutschen Volkes zu beleben. Werden sie diesmal nicht voreilig und trügerisch sein? Vielleicht ist es nicht unangemessen, daß in diesen Weihnachtstage der wieder aufkeimende Glaubens an eine Rettung und Erneuerung des verfallenden Europas im deutschen Volke auch die Kassandra Gehör findet, die den alten Gläubigen die alte Wahnung in Erinnerung bringt: Fürchtet Poincaré, auch wenn er Bescheide bringt. Ein Poincaré schenkt dem deutschen Volke nicht einen einzigen der ihm zugesetzten Vernichtungsschrecken, wenn er nicht irgend eine geheime seßhaftliche Absicht dabei verfolgt. Die Fidei, die der französische Ministerpräsident hofft und die Zustimmung, die seine Politik bis in die Reichen der äußersten nationalistischen Rechten hinein gefunden hat, sollte alle Optimisten warnen, aus dem zeitweiligen Verlust Frankreichs auf Ruhedefension und Anwendung militärischer Gewalt allzu weitgehend günstige Schritte zu ziehen.

Poincarés Rede und sein glänzender Sieg in der französischen Kammer beweisen, daß das Ziel seiner Politik sich nicht verändert hat, auch wenn der härtere Widerstand, den er diesmal in London fand und der zweitförmig durch Amerikas neue Stellungnahme wesentlich verstärkt worden ist, ihn zwang, die Mittel zur Durchsetzung seines Ziels zu ändern. Die jüngste Kammerrede des französischen Ministerpräsidenten hat jedem klarblütenden bewiesen, daß der Redner nichts gelernt und nichts verloren hat. Er hat sich gewusst gesetzt, eine taktische Umgruppierung vorzunehmen, aber das strategische Ziel, die Vernichtung Deutschlands, ist das gleiche geblieben. Er gibt sich den Anschein, vor dem englischen Widerstand zurückweichend, auf ein militärisches Vorgehen im Ruhrrevier zu verzichten.

Er verlangt dafür als Voraussetzung die Zustimmung der Alliierten zu einem wirtschaftlichen und finanziellen Gewaltstreit auf das deutsche Privatvermögen. Vermag er das durchzuführen, dann allerdings ist ein militärisches Vorgehen Frankreichs im Ruhrrevier überflüssig. Dann kann es, was es will, auch ohne Soldaten erreichen, nämlich, wie Poincaré es ganz richtig anständig, durch französische Techniker und Soldaten.

Poincaré hat sich also nur bereit erklärt, auf daß ein e Mittel zur Durchsetzung seines politischen Ziels unter der Bedingung zu verzichten, daß ihm die Verbündeten die Anwendung eines andern Mittels zur Errichtung des gleichen Ziels willkommen helfen. Das ist der eigentliche Sinn des taktischen Rückzugs, den der französische Ministerpräsident so plötzlich nach dem Londoner Vergespräch angekündigt hat. Sein böser Wille, das gesamte deutsche Privatvermögen bis um Zug als Pfand für die Erfüllung unerfüllbarer Zahlungsforderungen in Angriff zu nehmen, ist unverändert geblieben. Er trat den Rückzug an, um erfolgreich seinen Raubzug auf das deutsche Privatvermögen fortzuführen. Er flieht, um öfter noch zu streiken, um öfter noch zu fliehen. Das deutsche Volk wird mit dem schlauchten, gefährdeten und zielbewußten heutigen französischen Vertreter der Hauptpolitik Ludwigs XIV. noch oft die Klagen freuen müssen, wenn es sein bedrohtes Reich auf Leben und Todesfeind verteidigen will. Es wäre eine Täuschung, die sich schwer rächen müßte, wenn das deutsche Volk etwa glauben wollte, daß sein Abwehrkampf gegen den französischen Vernichtungsplan heute schon gewonnen sei.

Zu der Rede Poincarés

erfährt A. T. B. von berufener Seite:

Es ist ein Irrtum, wenn Poincaré annimmt, daß für die Reparationsverpflichtungen das deutsche Nationalvermögen haftet. Richtig ist nur, daß der Art. 248 des Verfaßter Vertrages — die einzige Bestimmung, die hier in Betracht kommt, und zwar sowohl in ihrem englischen wie in ihrem französischen Wortlaut — Deutschland verpflichtet, das Vermögen des Reiches und der Länder, also nur das Staats- und nicht das Privatvermögen, zur Abdeckung der Reparationszahlungen zu verwenden. Der Art. 248 gibt aber auch, soweit das Staatsvermögen in Betracht kommt, den Alliierten nicht das Recht zu einer Verpflichtung, also zu einem unmittelbaren Zugriff, sei es in der Form der Errichtung einer Zollgrenze, sei es in der Form irgend einer Kontrolle der Produktion gemarter Gebiete.

Wenn ferner der französische Ministerpräsident es als einen Gas des Sivil- und Bürgerrechts hinstellt, daß das Vermögen des Staates ein Pfand für die Gläubiger sei, so ist ein ebenso gültiger Gas der Grundgas der Sicherstellung der eigenen Lebensnotwendigkeiten. Dies hat der Vertrag von Versailles überdies ausdrücklich anerkannt, indem er den notwendigen Lebensbedürfnissen des deutschen Volkes den Vorrang vor den finanziellen Leistungspflichten gegenüber der Entente gibt.

Wie weit sich die unmittelbare Verfolgung von Reparationsanträgen durch die französische Regierung mit den Machthabern der Reparationskommission in Einklang bringen läßt, ist bei früheren Anläufen bereits hinreichend erörtert worden. Bedauerlich wäre es, wenn die einleitende Entwicklung verständnisvoller Zusammenarbeit beider Teile durch das gewaltsame Eingreifen eines Reparationsgläubigers eine Unterbrechung erleidet würde.

Was die Beleidigung betrifft, daß Frankreich bis Ende dieses Jahres bereits 100 Milliarden Francs an Polen Deutschlands vorgeschossen habe, so sei nur auf die Ausführungen des Herrn Bouvier in der französischen Kammer am 7. November dieses Jahres hingewiesen, in welchen er es als einen Irrtum bezeichnete, daß bereits 90 Milliarden für die verwaisten Gebiete ausgegeben würden; der bis zum 30. Juni d. J. veranlagte Betrag bezifferte sich vielmehr auf 45 Milliarden Francs. Wozu im übrigen zu bemerken ist, daß diese Milliarden in der Haupttheorie für Venzone vermaudert und damit dem eigentlich Wiederaufbau der zerstörten Gebiete entzogen worden sind.

Der französische Ministerpräsident scheint auch von standesüblichen Profiten der deutschen Großindustrie gesprochen zu haben. Man braucht diese Profite nur auf die Goldbasis zurückzuführen und sie in Relation zum investierten Kapital zu setzen, um zu erkennen, wie minimal in Wirklichkeit die Erträge sind.

Die noch zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen begnadigt.

Sämtliche in Toulon noch zurückgebliebenen deutschen Kriegsgefangenen sind begnadigt worden. Sie werden noch vor Weihnachten nach Deutschland zurückgeführt werden.

Die fälligen deutschen Schatzwechsel übergeben.

Wie Horas mitteilt, sind der Reparationskommission am Freitag von der Kriegsstaatskasse übergeben worden. Sie lauten auf 52087564 Goldmark. Fällig waren an und für sich 80 Millionen Goldmark. Die Differenz ist bereits durch anderweitige deutsche Zahlungen geschadet.

Das Eingreifen Amerikas in der Reparationsfrage.

Die Frage einer Anleihe an Deutschland.

Der Washingtoner Berichterstatter des "New York Herald" erklärt, die Vereinigten Staaten hätten schon einen Plan erarbeitet, um die Hauptursachen der Erzeugung und internationalen Unruhe zu bezeichnen, die auf die Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und Deutschland zurückzuführen seien. Eine Gruppe amerikanischer Bankiers, deren Vertreter Harding und Hughes im Rat saßen, hätten endgültige Pläne zu einem Versuch, eine Anleihe an Deutschland in Höhe von 1½ Milliarden Dollar aufzulegen, angenommen, und die Regierung hätte ihre Bereitschaft befunden, ihre Zustimmung zu erteilen und die Anleihe zu garantieren unter gewissen Bedingungen, die Frankreich und Deutschland annehmen müssten.

Im Staatsdepartement in Washington wurde, wie Neuter mitteilt, von zuständiger Stelle erklärt, daß die Frage der Anleihe für Deutschland dem Departement nicht in irgend einer offiziellen und formellen Weise vorgelegt worden sei. Botschafter Wiedel reiste bald nach einem Besuch im Staatsdepartement nach New York ab. Dem Washingtoner Berichterstatter des "New York World" zufolge glaubt man an maßgebender Stelle, eine Anleihe von zwei Milliarden Dollar könnte von den Vereinigten Staaten allein aufgebracht werden, vorausgesetzt, daß sie vor allen anderen deutschen Staatschulden den Vorrang erhält. Einen Teil dieser Summe könnte man nach Frankreich geben lassen, wenn dadurch Frankreich veranlaßt werden könnte, Deutschland gegenüber eine entgegengesetzte Haltung einzunehmen. Der Hauptteil müsse aber Deutschland zum Zweck seiner Sanierung zukommen.

Die "New York Herald" aus Washington berichtet, daß das Staatsdepartement gestern entschieden in Abrede gestellt, daß die Absicht bestehe, eine internationale Bankenkongferenz einzuberufen. Der amerikanische Standpunkt läßt sich nach dem Blatt wie folgt zusammenfassen:

1. Amerika sieht unter gewissen Voraussetzungen eine tägliche Anleihe an der europäischen Politik in Betracht.

2. Amerika ist bereit, eine Regelung vorauszubringen.

3. Amerika ist der Ansicht, daß Deutschland nach Wahrung seiner Leistungsfähigkeit zahlen soll, verlangt aber, wenn Deutschland nicht zahlen kann, daß diese Tatsache anerkannt werde.

4. Amerika steht auf dem Standpunkt, daß eine Bedrohung Deutschlands mit Okkupation und wirtschaftlicher Erdrosselung die Welt schädigt.

5. Amerika ist bereit, einen umfangreichen Pris-

vatcredit im Interesse Deutschlands anzubieten.

6. Der Kredit ist zu garantieren mittels teilweise Aufhebung der ersten Hypothek, die die Alliierten auf Grund des Verfaßter Vertrages besitzen.

Das Blatt führt hinzu, die Regierung würde es als reinen Wahnsinn für die Vereinigten Staaten betrachten, wenn sie sich in die europäische Politik hineintrafen, ohne die Verpflichtung erhalten zu haben, daß die Alliierten, namentlich Frankreich, nachgeben. Inoffiziell werde in Washington die Bildung einer Kommission vorgeschlagen, bestehend beispielsweise aus offiziellen und amerikanischen Sachverständigen, die die Sicherstellung in Deutschland untersuchen und die Bedrohungsfähigkeit abschätzen soll.

Neuter meldet aus London, in gut informierten Kreisen werde erklärt, daß die auf der Londoner Konferenz vertreten gewesenen Mächte zweifellos alle von den Vereinigten Staaten zur Lösung der europäischen Finanzkrise gemachten Vorschläge willkommen heißen würden. Gleichzeitig wird aber die Ansicht ausgeflossen, daß der Stabilisierung der Mark die Gewährung einer großen Anleihe an Deutschland vorangehen sollte.

Nach einer New-Yorker Meldung aus Paris hat Poincaré eine inoffizielle Mitteilung erhalten, daß die Vereinigten Staaten gewillt seien, einen Plan zur Regelung der Reparationsfrage in Erwägung zu ziehen.

Au den Nachrichten über ein bevorstehendes Eingreifen der Vereinigten Staaten in der Reparationsfrage schreibt "Echo de Paris": Ohne einen Wimmen anzugeben, haben die Amerikaner die Möglichkeit, die Reparationsfrage möglich zu fördern. Mögen Sie uns gestatten, die nach den Vereinigten Staaten geflüchteten Kapitalien der deutschen Großindustrie zu beschlagen. Diese Kapitalien

Der Präsident von Polen ermordet.

Aus Warschau wird gemeldet: Der neue Präsident Narutowicz ist am Sonnabend beim Besuch einer Kunstsammlung ermordet worden.

Die Polnische Telegraphenagentur meldet über das Attentat: Sonnabend mittag wurde während der Eröffnungsfeierlichkeit der Kunstsammlung im Palais des bildenden Künste auf den Präsidenten der Republik ein Mordanschlag verübt. Der Täter hat schnell hintereinander drei Revolverstöße gegen den Rücken des Präsidenten abgegeben, infolge dessen der Präsident einige Minuten später verstarb. Der Täter ist ein Kunstmaler namens Niewiadomski, der festgenommen wurde. Nach der Verhaftung übernahm der Sejmarschall, Mataj, inzwischen das Amt des Präsidenten. Er wird sofort die Nationalversammlung einberufen, welche die Wahl des neuen Präsidenten zu vollziehen hat.

Die Leiche des Präsidenten Narutowicz, mit dem Staatsabzeichen der polnischen Republik verhüllt, wurde unter Ehrenskorte ins Palais Belvedere übergeführt. Als Vertreter der Regierung wohnte diesem Trauerzug der Minister Narutowicz bei. Die Abgeordnetenkammer, die im Sejmgebäude tagte, abholten, bilden sofort nach Eintreffen der Nachricht von der Ermordung des Präsidenten der Republik die Sitzungen geschlossen. Der Palast der Kunstsammlung wurde zum Sitz der Trauer geschlossen. Die Vorstellungen im Theater wurden abgesagt. Der Attentäter Niewiadomski soll seit längerer Zeit den Einbruch eines unzurechnungsfähigen Menschen gemacht haben. Nach einer Meldung der Polnischen Telegraphenagentur bat der Gesamtkabinett Mataj den General Sikorski mit der Bildung des Kabinetts beauftragt. Sikorski hat den Auftrag angenommen. Er selbst übernahm in dem neuen Kabinett des Vorstags und des Ministeriums des Innern. Der polnische Gesandte in Bucarest Alexander Skrzynski wurde zum Minister des Außen- und Professor Wiktorowski vom Ministerium zum Unterrichtsminister ernannt. In den anderen Ministerien ist keine Veränderung eingetreten.

Der Minister des Innern erklärt eine Kundgebung, in der es heißt: Eine unverantwortliche Hand bat am 18. Dezember einen ruchlosen Mord an dem Präsidenten der polnischen Republik Narutowicz vollzügt. Der Attentäter wird eine verdiente Strafe erleiden. Alle Behörden legen ihre Funktionen los. Ich fordere alle auf, im Augenblick einer für den Staat schweren Prüfung absolute Ruhe und Würde zu bewahren. Ministerpräsident Sikorski kündigt an, daß er für rücksichtlose Aufrechterhaltung der Ordnung sorgen werde. Entwedernde Sicherungsmaßnahmen

würden wahrscheinlich für die deutschen Zahlungen der nächsten beiden Jahre ausreichend und Deutschland braucht dann kein Moratorium mehr zu verlangen. Dann würden wir nicht mehr vom Abzugsbetrieb reden. "Journal Industriel" sagt: Es handelt sich nur um ziemlich undeckte und mehr oder weniger entworfene Projekte. Aber man erkennt ohne Mühe die alte und ständige Tendenz der Finanzleute, die europäischen Fragen zu lösen, ohne den psychologischen Faktoren, den nationalen Notwendigkeiten und den Empfindlichkeiten der Staaten, ja auch nur den erworbene Rechten Rechnung zu tragen. "Gaulois" schreibt: Die Lage hat sich in Wirklichkeit nicht verändert und es ist ebenso schwer geblieben, zu einer Lösung zu gelangen, so lange nicht ein neuer Faktor dominante ist und den Anoten verhindert dadurch, daß er, sei es eine deutsche, sei es eine internationale Finanzoperation ermöglicht, die den einen die Herauslösung ihrer Forderungen, den anderen die Bezahlung ihrer Schuld gestattet. Diese Hilfe aber kann nur Amerika bringen. Deshalb sind im Augenblick aller Augen nach Washington gewandt. "Ouvre" hält für sicher: 1. daß die Regierung der Vereinigten Staaten sich auch weiterhin in aller Form weigern werde, die Reparationsfrage mit der Frage der alliierten Schulden bei Amerika zu verbinden, also auch seine Forderung an England und Frankreich heraufzusetzen. 2. daß die Regierung der Vereinigten Staaten die europäischen Regierungen noch einmal daran erinnern werde, daß die europäische Krise zum großen Teil eine Vertrauenskrise und daß die Überprüfung einer der Voraussetzungen für den Wiederaufbau der europäischen Finanzen ist.

Poincaré hat Sonnabend nachmittag nach dem deutschen Botschafter Dr. Mayer den Vorsitzenden der Reparationskommission Barthélémy empfangen. Abends hatte Poincaré eine längere Besprechung mit dem Justizminister Collet, dem Finanzminister de Lassalle und dem Minister für die betroffenen Gebiete Meissel, die sich nach dem "Matin", soweit die Außenpolitik betraf, vor allem auf die Reparationsfrage bezogen hat.

Der Londoner Korrespondent des "Petit Journal" meldet seinem Blatte, in gewissen Kreisen neige man zu der Annahme, daß die Pariser Konferenz, die für den 2. Januar vorgesehen ist, stark Gescheit laufe, auf später verschoben zu werden. Im Zusammenhang mit der Reise des englischen Schatzkanzlers nach Washington erklärt man andererseits, daß die Premierminister, wenn sie am 2. Januar zusammentreten, unmittelbar darauf wieder auseinandergehen und die Lösung der Reparationsfrage, deren Zustandekommen noch so konus sei, und zu dem noch so viel Unvorhergesehenes hinzukommen könne, den Sachverständigen überlassen würden.

Die amerikanischen Anleihepläne — ein deutscher Versuchssballon?

Der "Temps" berichtet die amerikanischen Anleihepläne, wie sie sich nach Berichten des "New York Herald" darstellen. Das Blatt schreibt, daß es sich hier nicht um offizielle Berichte handeln könne, zumal der transatlantische Regierung noch feinerer Mitteilungen dieser Art zugegangen seien. Es könne sich nur um Versuchssballons handeln, und zwar mit Rückicht auf den einseitigen Charakter dieser Pläne, um einen Versuchssballon Deutschlands. Die Meldungen seien im ausschließlichen Interesse Deutschlands abgefaßt. Indessen, so führt der "Temps" fort, wird Frankreich heute nicht gegen eine Unterstützung Deutschlands durch Amerika protestieren, vorausgelegt, daß diese Unterstützung nicht auf Kosten Frankreichs vor sich gehe.

Besprechung mit den Fraktionsführern.

In der Reichskanzlei fand Sonnabend nachmittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers eine Besprechung mit den Fraktionsführern der USPD, des Zentrums, der Deutschen nationalen Partei und der Bayerischen Volkspartei statt, in der der Reichskanzler zur gegenwärtigen Lage Stellung nahm und Staatssekretär a. D. Bergmann über seinen Aufenthalt in London berichtete. Insbesondere wurde auch darüber gesprochen und Übereinkunftsmata erzielt, wie weiterhin die enge Fühlung zwischen der Reichsregierung und dem Reichstag aufrechtzuhalten und gepflegt werden soll.

findet getroffen. Nach den bisherigen Nachrichten herrscht in Warschau und in der Provinz Lublin.

Der Mörder des Präsidenten Narutowicz, Mieradomski, hat im Verhör erklärt, daß er aus eigener Initiative gehandelt habe. Er betreibt, irgendwelche Geheimhölzer gehabt zu haben. Der Mörder wird unverzüglich vor ein Standgericht gestellt werden.

Venige Tage nach seiner Erwählung hat der neue polnische Staatspräsident seine Nut, der darin bestand, daß er den in Polen herrschenden Gewalten Trost zu bieten wolle, mit dem Leben bezahlt. Letzten Endes ist Narutowicz ein Opfer der unglaublichen Staatsgestaltung seines Landes geworden. Polen in seiner Form vom Obersten Rat der Alliierten bewilligten Gestalt ist ein Nationalitätenstaat, in welchem das nationalvolmische Element streng genommen nur eine Minderheit bildet. Nach allen Klimmischrichtungen hin sind die Grenzen dieses Landes weit über das nationale Stammmatum hinaus gewandt. Nachdem zunächst die nationale Minderheit, Deutsche, Litauer, Ruthener, um nur die wichtigsten Fremdbestandteile zu nennen, ferner die im Nationalitätenblock an Zahl führenden, über das ganze Land ausgetriebenen Juden durch die brutale Gewalttäterschaft eingeschüchtert worden waren, hat sich in jüngster Zeit hierin eine Aenderung vollzogen. In überraschender Stärke sind die Vertreter der Fremdbestandteile in das Parlament eingezogen, und haben als ausschlaggebende Partei zwischen Linken und Rechten eine Bedeutung erlangt, die dem polnischen Nationalisten natürlich unbedeutend zu werden beginnt. Gestützt auf diesen Minderheitenblock ist nun der neue polnische Staatspräsident zu jener Würde gelangt und hat dadurch eine starke Gegenbewegung im Lande hervorgerufen, an deren Spitze der bekannte Nationalist General Haller stand. Narutowicz hat ihnen den tödlichen Verhältnissen in Bezug auf die Nationalitätenzusammenlegung Rechnung tragen zu müssen geglaubt, und das ist sein Verhängnis geworden. Wie Karolowski schlossen sich an seine Erwählung an. Die Entfernung des Generals Haller aus seinem Amt reiste die nationalistischen Kreise noch mehr, bis schließlich ein Fanatiker, dem man Geistesgestörtheit nachsagt, zur Waffe griff.

Die Verhängung des Belagerungszustandes ist als nächste Folge der Tat verfügt worden, wenn tröstlich mit dem Gedanken, ähnlich wie es nach der Revolution in Deutschland geschehen ist, die Nationalversammlung aus der Hauptstadt in die Provinz zu verlegen, um sie der unmittelbaren Beeinflussung durch die Großstadtbewohner zu entziehen.

Die Vauvanner Konferenz.

Der Sonderberichterstatter der Vauvanner Konferenz in Pausanne glaubt zu wissen, daß die Vertreter der Minderheiten, die die Konferenz einberufen haben, sich nur seit mit der Ausstellung und Redaktion von Friedensverträgen beschäftigen, die so bald wie möglich den Türken und den Griechen zur Unterzeichnung vorgelegt werden sollen.

In der Sitzung des Unterausschusses für die Frage der Minderheiten gab am Sonnabend der türkische Delegierte Miss Kurt Bey über die Frage des Patriarchats eine längere Erklärung ab, in der er darauf hinwies, daß die Regierung von Angor den nicht-mosammedanischen Minderheiten dieselben Rechte gewähre, wie die durch den Weltkrieg vergrößerten Staaten. Dieses Verfahren müsse nunmehr an die Stelle der Vorrechte treten, die das Ottomannische Reich den Nichtmosammedanern früher eingeräumt habe. Außerdem wären die alten Vorrechte der nicht-mosammedanischen Gemeinschaften nur eine Folge der politischen Verbündtschaft im Ottomannischen Reich, das eine theokratische Monarchie wäre. Seit der Trennung des Kalifats vom Staate, der Abschaffung der Monarchie und der Einführung der demokratischen Methoden dürften die Führer der religiösen Gemeinschaften keine politische Rolle mehr beanspruchen, und das religiöse Oberhaupt könne nicht mehr der Vertreter der Minderheiten beim Staate sein. In Zukunft würde der Staat mit den Schulen, kulturellen Einrichtungen usw. direkte Beziehungen unterhalten. Die Geistlichkeit und ihre hierarchische Spize dürfte sich daher nur noch mit religiösen Fragen beschäftigen, wie die Regierung sich auch in die Entscheidungen der Geistlichkeit nicht einmischen wolle. Die kulturelle Freiheit werde den verschiedenen religiösen Gemeinschaften einen neuen Aufschwung sichern, da sie nur daran ihren Augen ziehen könnten, wenn die Geistlichkeit sich von der Politik fernhalte. Das Patriarchat sei bisher mehr ein politisches als ein religiöses Organ gewesen. Infolge der neuen Verhältnisse müsse sein Sitz außerhalb der Türkei verlegt werden, umso mehr, als seine ganze Vergangenheit sowie die Abschaffung seiner politischen Vorrechte die Loslösung von den früheren Verpflichtungen zur unbedingten Notwendigkeit mache. Der türkische Delegierte schloß mit der Erklärung, daß die Entfernung des Patriarchats eine unabdingbare Notwendigkeit für die Türkei und andererseits ein Segen für die betreffende Religion sei.

Der amerikanische Vertreter Child erklärte, daß der Vorschlag auf Entfernung des Patriarchats aus Konstantinopel in weiten Kreisen der amerikanischen Bevölkerung zu lebhaften Protesten geführt habe. Der griechische Delegierte Gaciamanos protestierte ebenfalls gegen die Entfernung des Patriarchats, in die Griechenland niemals einwilligen könne.

Viviani erwidert dem Kaiser.

Aus Paris wird gemeldet: Senator Viviani beginnt im "Matin" mit seiner Erwiderung auf die Memoiren des ehemaligen deutschen Kaisers. Er wolle, so erklärt er, die hervorragenden Teile der Memoiren zusammenfassen, die in den meisten Fällen der Wahrheit widerstehen, und verhindern, daß mit unsicheren Tatsachen des Verfassers an der Hand ihrer Bilderpreise, ihrer halben Geständnisse und ihres unerklärbaren Stillschweigens darzulegen. Die versprochenen und erwarteten Beweise seien in den Memoiren nicht zu finden. Außerdem seien deutsche Schriften und deutsche amtliche Veröffentlichungen zur Kriegsschuldfrage darin vernachlässigt.

Gründung der deutschvölkischen Freiheitspartei.

Der "Volkspartei" meldet, daß gestern im Reichstag eine Versammlung deutschvölkischer Verbände stattgefunden habe, wobei die Gründung der deutschvölkischen Freiheitspartei beschlossen wurde. Die Partei steht unter der Führung der deutschnationalen Abgeordneten von Gräfe und Wulle. Ferner haben n. a. ihren Beitritt erklärt, der Graf Steventius und ein Beauftragter des Obersten Edelmann.

Deutscher Reichstag.

wb. Berlin, 16. Dezember.

Die zunächst auf der Tagesordnung stehenden sozialdemokratischen Interpellationen wegen des Schulauflösungsgesetzes in Bayern und über das Urteil im Hardenuprozeß werden nach Mitteilung der Regierung innerhalb der gesetzgebungsmaßigen Frist ihre Erledigung finden. Das Gesetz über die Erhöhung der Zulagen in der Unfallversicherung geht an den sozialpolitischen Ausschuß. Endgültig angenommen wird das Gesetz zur Befreiung der Gerichtskosten, das neben der Erhöhung der Gebühren auch die Bestimmung der Vorauszahlung enthält.

Zur dritten Lesung des Einkommensteuergesetzes haben die Sozialdemokraten aus neuer ihren Antrag auf Heraufsetzung der zehnprozentigen Steuergrenze auf eine Million und auf eine anderthalbjährige Staffelung nach Abständen von 500.000 M. wieder eingebrochen.

Abg. Töllmann (Soz.) gibt namens seiner Partei eine Erklärung ab, in der gegen die Verhöhnung des Steuerunrechts protestiert wird. Die Partei überläßt den Mehrheitsparteien die Verantwortung und lehnt das Gesetz ab.

Unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages wird sodann das Gesetz nach den Beschlüssen der zweiten Lesung mit den Stimmen der Bürgerlichen gegen die gesamte Linke angenommen.

Zur dritten Beratung des Zwangsanklagegesetzes erklärt: Abg. Dr. Herz (Soz.), daß, wenn das Gesetz in der vorliegenden Form zur Tatsache werde, es absolut ungültig sein werde. Das sei aber lediglich Schluß der bürgerlichen Parteien im Juli d. J. gewesen, welche die Spekulation nicht gebindet hätten. Seine Partei hat deshalb ihre Anträge auf Erfassung der Spekulation wieder eingebrochen. Immerhin enthalte der Entwurf einige Verbesserungen, deshalb werde seine Partei ihm doch zustimmen.

Abg. Dr. Helfferich (Dnat.) betont, das Gesetz sei so gänzlich die schenklische Kompromisgeburt, die ihm je vor gekommen. Seine Partei arbeite daran nur mit, um neue Verschlechterungen durch die sozialdemokratische Linke zu verhindern. Wenn man aber mit den sozialdemokratischen Rezepten den Kapitalmarkt weiter bedrohe, so gefährdet man damit das Bataandkommen der Reparationslösung.

Die Abstimmungen werden bis auf einen späteren Zeitpunkt ausgestellt.

Das Gesetz über das Muhgehalt des Reichspräsidenten wird gegen die Deutschnationalen und Kommunisten endgültig angenommen.

Beim siebten Nachtrag zum Reichshaushaltswesel fragt Abg. Dr. Helfferich (Dnat.), ob die Kostensumme, die der Staat aufweise, tatsächlich alle Kosten deckt oder ob die Goldausgaben von jährlich 1.800.000.000 für die Bevölkerungsstruppen noch dazu kämen. Unter Heckscher und Marine hätten noch nicht den dritten Teil davon gekostet.

Staatssekretär Japf: Die Bevölkerungskosten sind nach einem Abkommen unter der Gewalt mit Wirkung vom 1. August 1922 auf den jährlichen Höchsttag von 220 Millionen Goldmark normiert worden. Barzahlungen liegen dem Reich für 1922 nicht ob, allerdings ist durch Entscheidung der Reparationskommission noch die Leistung von Marzahlungen gefordert worden. Die Verhandlungen darüber schwanken noch.

Die einzelnen Städt werden nunmehr gemäß den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen, darunter die Bewilligung einer zweiten Konteradmiralschule (Ingenieur-Admiral) bei der Reichsmarine in namentlicher Abstimmung mit 170 gegen 186 Stimmen.

Da ein Teil der Sozialdemokraten gegen den Nachtragstext bestimmt hatte, erklärte Abg. Hermann Müller (Soz.), daß dies nur verlebentlich geschehen sei. Die Fraktion bestätigte für den Staat zu stimmen, sonst hätte die Fraktion eine Erklärung abgeben lassen. Nunmehr wird die von den Sozialdemokraten beantragte namentliche Abstimmung über § 27 der Novelle zum Zwangsanklagegesetz vorgenommen, denn die Sozialdemokraten in der Fassung behaupten beantragen, daß eine Goldblauzeit eingefügt wird. Am 1. April 1923 soll festgestellt werden, welche Bedeutung an indirekten Steuern aus der Wehrbelastung infolge des Steuerkompromisses vom 28. Januar 1922 eingegangen sind. Unwollte die Eingänge aus der Zwangsanklage dem Goldwert nach diese Summe nicht erreichen, findet eine Nachzahlung an Zwangsanklage statt, modifiziert die Eingänge aus der Linie dem Goldwert nach mit den Eingängen aus den neuen indirekten Steuern auf gleiche Höhe gebracht wird. Als Wahlhabt gilt das durchschnittliche Goldhöchstausgabes des Eingangsmontats der Steuern.

Der sozialdemokratische Antrag wird mit 183 gegen 185 Stimmen (Soz. und Komm.) abgelehnt. 2 Stimmen waren ungültig. In der Gesamtabstimmung wird das Zwangsanklagegesetz gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Ein Antrag Hofmann-Ludwigshafen (R.) den Kirchengemeinden, welche ihre Glocken während des Krieges abliefern muhten, beim Rücktransport oder Gewerb neuen Glocken Freiheit zu gewähren, wird gegen die Stimmen der Linken angenommen. Das Haus erledigt sodann eine Reihe mündlicher Ausführungsberichte und kleinere Vorlagen. Darunter das Ausgleichsabstimmungsgesetz, welches Vorlagen über die Auszahlung von Ansprüchen an das Reich enthält.

Ein Antrag Hammer (Dnat.), der den Aufbau von Altmetall konzessionsmäßig machen will, wird in der Fassung angenommen, daß statt Aufbau Kleinhandel gezeigt wird. Ein Regierungsvorstand erklärt dazu, daß im Reichswirtschaftsministerium die Reichsausführungsbestimmung zu diesem Gegenstand in Angriff genommen wird, die in ersten Linie den Erstaunungswert bedingen und schwere Strafen für Zwiderhandelnde aussprechen.

Nachdem auch der Rest der Tagesordnung behobenes erledigt ist, bittet Präsident Voede um die Ermächtigung, die nächste Sitzung zwischen dem 10. und 17. Januar einzuberufen und die Tagesordnung festzulegen zu dürfen. Entlastet das Haus mit den besten Wünschen für die Feiertage. Im letzten Augenblick ereignet sich noch ein Zwischenfall, als sich auf der Bühne ein Mann erhebt und ruft: Herr Präsident, ich es erlaubt, daß ein Mann aus dem Volke hier ein paar Worte spricht! Auf einen Wink des Präsidenten wird der Mann alsbald entfernt.

Schluss gegen 2 Uhr.

Borlängerer Reichswirtschaftsrat.

Vorsitzender Edler v. Braun eröffnet die Sitzung um 10.30 Uhr.

Man tritt zunächst in die Beratung der Novelle zum Handarbeitsgesetz (Beamterlohngebot) ein.

Gräfelfeld (Vertreter des Einzelhandels) erklärt, daß tatsächlich in der Heimatwerbung in den letzten Jahren ein Aufschwung zu verzeichnen sei, der das neue Gesetz im Augenblick nicht für notwendig erscheinen lasse. Die Arbeitgeber kommen aber trotzdem der Vorlage zu, damit einem später vielleicht eintretenden Rückfall ins Elend vorbeugegt werde. Sie müßten ihre Zustimmung aber davon abhängig machen, daß bei der Wahl der Fachauschäfte, wenn ein erheblicher Teil in Beträcht kommenden Gewerbetreibenden oder Handarbeiter wirtschaftlichen Vereinigungen nicht angehört, die Landeszentralbehörde auch eine angemessene Anzahl von Vertretern bestellt, die auf den Vorschlagsteller nicht enthalten sind.

In der Einzelausprache wird der Antrag der Arbeitgeber abgelehnt und der Gesetzentwurf darauf in der Auschusshandlung gegen die Stimmen der Arbeitgeber die Zusammensetzung erteilt. Die Auschussherrichten zu den Gelegenheiten über die Beschäftigung Schwerbeschädigter und über die Zwangsanklage werden lediglich zur Kenntnis genommen, da der Reichstag die Vorlagen bereits verabschiedet hat.

Vorsitzender Edler v. Braun schließt darauf die Sitzung, in der Hoffnung, daß das Jahr 1923 dem deutschen Volke den inneren und äußeren Frieden bringen werde, den es so dringend zu seinem Wiederaufbau bedürfe (Lehrerfall) und beräumt die nächste Sitzung auf den 10. Januar zur Beratung des Arbeitszeitgegesetzes für Angehörige.

Schluss nach 342 Uhr.

Der Kampf gegen das Deutschtum.

In London wurde in diesen Tagen abermals um das deutsche Rheinland gekämpft. Die französische Politik will durch "Garantien" und "Fänder" im belegten Gebiete und Ruhrbezirk die Fesseln des Verkäufers befreien, die ihre Annexionspolitik hindern, sprengen. Sie will eine vertragliche und rechtliche Grundlage für ihre Besoldungs- und Erwerbungspolitik errichten. Lloyd George hat eben in einem Aufsatz erregenden Artikel die brutale Gewalt- und Erwerbungspolitik Frankreichs vor aller Welt gebrandmarkt. Er hat auch ihren Hauptgrund festgestellt: Da es an Besitzgrenzen fehlt, so ist der Franzosen vor Revanche, die er für unvermeidlich erklärt, wenn die Franzosen das Rheinland vergewaltigen sollten. Der Ausgang dieses zukünftigen Kampfes kann nicht zweifelhaft sein. Die Volkszählung und eigenmächtige Kraft Frankreichs geht zurück, während die deutsche Bevölkerung wächst. Hier liegt der lezte und tiefste Grund zu Frankreichs Rheinpolitik. Durch die Annexion des Rheinlandes und Beschlagnahme des Ruhrgebietes soll Deutschland nicht nur vernichtet und verflacht, soll nicht nur die Einheit des Reiches zerstört werden, — es soll vor allem dem absterbenden französischen Volkstypus in den Rheinländern neues Blut, eine wachsende Menschenproduktion zugeführt werden. Die ganze französische Politik der "triebischen Durchdringung" der Rheinländer ist heute schon darauf abgeleitet, die Rheinländer gelöst vom Deutschland loszulösen. Barres behauptet, die Bewohner des linken Rheinufers seien eigentlich keine Deutschen, sondern Kelten und ihre Sympathien seien westlich orientiert. Dariac hält die Rheinländer für eine "Inselbewohner", die man mit nicht allzu großer Mühe zu Franzosen formen könnte. Wir lächeln darüber, wenn wir solche Pläne lesen und sind uns des ungeheueren Ernstes dieser Pläne nicht bewußt. Frankreichs letztes Ziel ist tatsächlich, die durch Gewalt annexierten Rheinländer so lange zu Inseln zu verarbeiten, bis nach zwei bis drei Generationen aus ihren Vorfahren Franzosen gemacht werden.

Parallel mit dieser Bedrohung deutschen Landes und deutscher Bevölkerung im Westen führt die von außen die unterjährige Raubpolitik der Polen im Osten. Auch die Polen wollen, wie die Tschechen im Süden, "eingerichtet". Ein Beispiel ist es, daß in diesen Tagen, wo in

Bonbon um den Rhein gerungen wurde, eine Brücke des polnischen Generalstaatsanwaltes Bulowiewski bestandt wird. "Die Politik des unabhängigen Polens, Stütze eines Programms" Bulowiewski tritt darin für die "Kooperation Ostpreußens aus dem deutschen Staatverbund" ein und dessen Einbeziehung in eine Föderation der kleinen Völker Mittel- und Osteuropas als die einzige Sicherung der von Deutschland und Russland bedrohten Polen. Die Hoffnung ist keineswegs als Hoffnung zu bewerten, sondern als ein durchaus ernst gemeintes Glaubensbekenntnis eines nationalen Polen. Der Kampf der slawischen Völker (Polen, Tschechen, Litauen und Lettland) gegen das Deutschtum wird in einer anderen Art geführt als der französische Kampf im Westen. Alle diese Völker sind ländliche. Ihre Kampf ist ein Kampf um den Boden. Sie wollen die deutschen Bauern, die deutschen Anteilnehmer, die deutschen Geschäftsbürokratie vertreiben, kurz: die den Deutschen gehörigen landwirtschaftlichen, kaufmännischen und industriellen Betriebe mit Gewalt an sich bringen und alle deutschen Elemente über die Grenzen jagen. Bei diesem Kampfe wird nicht einmal der Schein von Recht und Gerechtigkeit zu wahren versucht. Deutsche werden rücksichtslos unterdrückt und aufgezögert. Die französische Politik stützt diese Gewaltmaßnahmen der slawischen Völker um Deutschland herum mit allen Mitteln, sie setzt ihren ganzen Einfluß beim Börsenbund dafür ein, alle Hilfsländer der so vergewaltigten deutschen "Rinderherden" unter den Tisch fallen zu lassen.

So sehen wir den Ring der Feinde um Deutschland herum an einer bedrohlichen "Eingermannsfeuerwand". Eine ungeborene Verantwortung für die Zukunft des deutschen Volkes lastet auf uns. Dessen müssen wir uns bewußt sein. Es geht nicht nur um uns und unsre Generation, um unsre Wohl und Wehr, es geht um die Erkennung und Entwicklungsfähigkeit der ganzen zukünftigen Generationen. Niedergang, Schwäche, Herrschaft im Innern, Nachfolgsfeind durch Mangel an Energie und Wohlstand muß in den Grenzgebieten zu Berlin an deutschen Bündnispartner führen. Das sollten wir in diesen Tagen schwerster Entscheidung nicht vergessen.

Sächsischer Gewerbeamtstag.

Am 8. Dezember fand in Chemnitz, wie der "Dresden-Anzeiger" berichtet, ein Sächsischer Gewerbeamtstag statt. Zur Beratung stand die aus dem letzten Gewerbeamtstag erörterte Frage der Verbindlichkeitsklärung vor Wiedereinsetzen für die Postgeldzuschüsse durch die Gewerbevereine für Lehrerinnen, die ihren Lehrlingen kost und Wohnung nicht gewöhnen. Das Wirtschaftsministerium batte an dem auf Grund eines Beschlusses des letzten Gewerbeamtstages von den Gewerbevereinen eingereichten Nachtrag zu den Lehrerinnen einen Sitzungsschluss gewünscht, gegen den die Gewerbevereine zunächst Bedenken erhoben. Die Gewerbevereine beschlossen, den Nachtrag zu den Lehrerinnen vorzulegen. In folgender Form zur Genehmigung einzureichen: Die Gewerbevereine ist befugt, nach Gehör oder auf Antrag einzelner Gewerbeverbände Wiedereinsetzen für die Postgeldzuschüsse verbindlich für solche Lehrerinnen festzulegen, die ihren Lehrlingen kost und Wohnung nicht gewöhnen. Höhere Vergütungslöhne, die im Einzelfall oder mit der Bereitstellung der Arbeitsnehmerschaft vereinbart oder im Rechtswege festgesetzt werden, bleiben von dieser Regelung unberührt.

Einen weiteren Verhandlungspunkt bildete das Erörtern des Wirtschaftsministeriums um Stellungnahme zu einer Eingabe der Bäderinnung zu Leipzig gegen die Erhöhung der Bandenbrandkostenbeiträge. Die Bäderinnung zu Leipzig fordert, die gewölblichen Grundstücke in die Gefahrenklasse der Brandversicherung einzurichten, die für gewölbliche Wietzgrundstücke mit einem Beitragssatz von 11 Pfennig für die Steuererhebung in Frage kommt, und die bereits in Nutzung befindliche Einrichtung der Bäderinnung in eine höhere Gefahrenklasse rückgängig zu machen. Der Kammertag beschloß, die Eingabe der Bäderinnung Leipzig dem Wirtschaftsministerium gegenüber zu bestimmen und vorzulegen, daß angehoben der bestehenden Ungleichheiten bei der Berechnung der Bandenbrandbeiträge die Abänderung der letzteren, unbedacht der geistlich geregelten Umlage, in die Wege geleitet wird.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf das Erörtern des Wirtschaftsministeriums um Mitteilung etwaiger Wünsche für die bevorstehende Neuwahl der Steuerausschüsse, da der Reichsfinanzminister bestätigt, vor Ausschreibung der in der ersten Hälfte 1923 vorgesehenden Neuwahlen die Bestimmungen über die Bildung der Ausschüsse und ihr Verfahren unter Zugrundelegung der gewöhnlichen Erfahrungen einer Umarbeitung zu unterziehen. Der Gewerbeamtstag erklärte, daß die Steuerausschüsse neben Vertretern von Industrie, Handel und Landwirtschaft sowie der Arbeitnehmer gleichmäßig auch mit geeigneten Vertretern des Handwerks und Gewerbes zu besetzen sind, daß die Wahlzettel von drei Jahren beibehalten und mit den Mitgliedern der Steuerausschüsse angehobene Entschädigungen gewährt werden müssen.

Eingehende Aussprachen erfolgten zu der Verordnung des Landwirtschaftsministeriums mit Gegenstand des täglichen Bedarfs unter Gegenstand des Kleinhandels, zu der Befreiung der sogenannten Umstädter im Baugewerbe von der Einhaltung der dreijährigen Lehrzeit und zu einem vom Centralinnungsbund der Schornsteinfegermeister Deutschlands aufgestellten Entwurf einer Meisterprüfungsvorschrift für das Schornsteinfegerhandwerk.

Marktberichte.

Krebs. Der Marktmarkt findet nicht mehr am 1. und 3., sondern nur am 2. Donnerstag jeden Monats vormittags statt.

Obst. Butter 1100 Mark das Pfund.

Auf dem Großenhainer Wochenmarkt stellten sich am Sonnabend die Preise pro Pfund: Apfel 20 bis 30 Pf., Birnen 15 bis 30 Pf., Zwetschken 8 Pf., Kartoffel 15 bis 18 Pf., Rosenholz 80 Pf., Kohlrabi 8 Pf., Rübenkraut, blattiges, 20 bis 35 Mark, Gemüses 45 Pf., Weißkraut, blattiges, 20 bis 25 Pf., Gemüses 55 Pf., Weißkraut 20 bis 25 Pf., Meerrettich 60 Pf., Rüben 8 Pf., Rettiche 6 Pf., Schwarzwurzel 60 Pf., Sellerie 20–25 Pf., Rübenkraut 12 bis 15 Pf., Kohlräben 8 Pf., Rübenkraut 25 bis 35 Pf., die Rübe 140 Pf., Eierfrüchte 1000 bis 2000 Pf., Zwiebeln 800 bis 1000 Pf., Zwiebeln 1000 bis 2000 Pf.

Die amlich notierten Preise waren an der Berliner Produktentwicklungspreise pro kg ab Station. Weizen, märtlicher 14700–14400, flau, Roggen, märtlicher 13800–12900 bis 13000, pomme, 18150–12850, flau, Gerste, Sonnengerste, märtlicher 11800–12800, märtlicher, Hafer, märtlicher 12800 bis 12700, märtlicher. Mais 100 Pf. Berlin 40000–44500, feinstes Maizener über Berlin 38000–39000, märtlicher. Roggenmehl der 100 kg frei Berlin 40000–44500, feinstes Maizener über Berlin 38000–39000, märtlicher. Weizenmehl der 100 kg frei Berlin 40000–44500, feinstes Maizener über Berlin 38000–39000, märtlicher. Roggenkleie 7800–8000 frei Berlin, schwächer. Roggenkleie 28000–30000, fl. Speltewheat 28000–25000, Weizen 24000–26000, Lupinen, blau 15000–16000,